

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M. bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Spikeln an der Arbeit!

Noch immer Regierungsbildung.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierungskrise scheint nunmehr, wenn nicht in letzter Stunde neue Überraschungen eintreten, ihrer Lösung entgegenzugehen. Es scheint in der Tat so, als ob die Regierungsparteien darauf verzichten werden, die Frage des Vertrauensvotums für die Regierung überhaupt zu stellen. Die Sozialdemokraten werden im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa in einer besonderen Erklärung feststellen, daß sie der Regierung keine Schwierigkeiten machen werden. Die Ministerliste des neuen Reichskabinetts hat vorläufig folgende Zusammensetzung: Reichskanzler: Fehrenbach (Ztr.); Justizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers: Dr. Heineke (D. Vpl.); Reichsminister des Innern: Dr. Koch (Dem.); Reichsminister des Äußeren: Simons; Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Ztr.); Reichswirtschaftsminister: Dr. Scholz (D. Vpl.); Reichsminister des Reichswaldwesens: von Raumer (D. Vpl.); Reichswaldminister: Gehler (Dem.); Reichsverkehrsminister: Groener; Reichspostminister: Giesberts (Ztr.); Reichsarbeitsministerium ist noch unbekannt und wird wahrscheinlich vom Zentrum besetzt. Ebenso ist das Wiederbauministerium noch unbesetzt und bleibt wahrscheinlich der D. Vpl. vorbehalten.

In diesem Kabinett sind am interessantesten die beiden „Fachmänner“, die die Deutsche Volkspartei für das Reichswaldministerium und für das Reichswirtschaftsministerium in Vorschlag gebracht hat. Oberbürgermeister Scholz als Wirtschaftsminister ist nicht weniger als Kenner der Wirtschaft. Er ist ein guter, erfahrener Verwaltungsbeamter und seinem Studium nach Jurist, hat aber nirgends irgendwelche besondere Befähigung auf wirtschaftspolitischen Gebiet bewiesen.

Noch eigenartiger ist der Fall des Herrn von Raumer, ehemaliger Landrat und ebenfalls Jurist. Im Jahre 1911 trat er zur Industrie über und wurde Direktor des Verbandes der Privat-Elektrizitätswerke. In dieser Stellung hat er auf das entschiedenste gegen die Sozialisierung des Elektrizitätsgewerbes Front gemacht. Dieser Mann soll jetzt die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft durchführen. Während des Krieges wurde er als Referent in das frühere Reichswaldamt berufen und hat schon in jener Zeit sich gegen jede staatliche Betätigung auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft gewandt. Ferner bereitete er zwar, wie das Berliner Tageblatt mittelt, die Übernahme der Wendel-Werke in Essig-Lothringen durch eine rheinisch-westfälische Industriegruppe, gründete dann aber schnell selber ein Syndikat, an dem vor allem die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und das Allgemeine Elektrizitätswerk beteiligt sind, um die Wendel-Werke diesem Konzern zuzuführen. Der damalige Reichswaldsekretär Graf Koeborn war über dieses Vorgehen des Herrn von Raumer so entsetzt, daß er dessen Rücktritt vom Amte veranlaßte. Ebenso steht es in der Stickstoff-Industrie. Während das Reich an den sogenannten Kalk-Stickstoff-Werken beteiligt ist, ist Herr von Raumer mit der Konkurrenz, mit den Badischen Stickstoff-Werken, Merck. Das Berliner Tageblatt sagt: „Es wird deshalb wohl nicht mit Unrecht gesagt, daß Herr von Raumer in einem starken Abhängigkeitsverhältnis auch zu Herrn Stinnes steht, der an der Elektrizitätsindustrie nicht wenig beteiligt ist.“ In einem großen Teil der Presse wird deshalb die Ernennung des Herrn von Raumer stark bezweifelt, so auch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Auch für den Posten des Reichswirtschaftsministers werden an Stelle des Oberbürgermeisters Scholz die Namen des Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Kremer und des Oberbürgermeisters von Wiesbaden Giesing genannt.

W. B. Berlin, 25. Juni. Während der Berliner Sozialzeiger, die Volkszeitung und das Berliner Tageblatt die Kabinettsbildung im allgemeinen als abgeschlossen ansehen, sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Bemühungen der Parteien, die Kabinettsbildung beschleunigt zustande zu bringen, hätten bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die verschiedenen genannten Namen der neu in Betracht kommenden Persönlichkeiten trafen noch nicht zu. Bestzustehen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Dr. Koch und Dr. Gehler in ihren Ämtern verbleiben und der Führer der Deutschen Volkspartei Heineke Reichsjustizminister und zugleich Vizekanzler werde. Alles übrige sei noch im Fluß und bisher in keiner Weise entschieden.

Die antibolschewistische Hege geht weiter.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht heute weiteres Material über die neue antibolschewistische Hege. Sie teilt zunächst mit, daß das Aus-

wärtige Amt an den Staatskommissar Weigmann wegen seiner Beschuldigung gegen Viktor Kopp die Anfrage gerichtet hat, ob dem Staatskommissar die von den P. V. veröffentlichten Mitteilungen bekannt gewesen sind und ob er sie veranlaßt hat, und zweitens, ob er dabei berücksichtigt habe, daß es sich bei der Persönlichkeit des Herrn Kopp um den amtlichen Vertreter der Sowjetregierung in Moskau handelt. — Weiter erzählt die Freiheit folgendes:

„Die Pressestelle des Reichswaldministers hat gestern dem amerikanischen Korrespondenten Viktor Brown eine Information zur Frage der Entwaffnung Deutschlands gegeben, worin sie die Aufrechterhaltung des 200 000-Mann-Heeres damit begründet, daß neue kommunistische Unruhen in Deutschland bevorstehen. In Thüringen und im Ruhrgebiet drohe noch immer der kommunistische Aufstand. Ja, der Bericht verleiht sich zu der Behauptung, daß in Mitteldeutschland in der Gegend von Berlin und in Pommeren große Truppenverbände der Roten Armee, die bis zu 20 Kompanien Stärke haben sollen, sich konzentrieren und militärische Übungen veranstalten.“ Die Freiheit sagt weiter: „Dieser neue Skandal reiht sich würdig an die bisher bekannt gewordenen Vorgänge an. Die Pressestelle des Reichswaldministers scheut sich also nicht, die sinnlose antibolschewistische Hege auch ins Ausland zu tragen und damit den deutschen Kredit leistungswürdig gerade in den vereinigten Staaten zu untergraben. Es wird höchste Zeit, daß mit diesem Treiben ein Ende gemacht wird.“

Pulsnachrichten der Reaktionen.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auch der Bayerische Kurier veröffentlicht heute Spitzelnachrichten über angebliche geheime kommunistische und unabhängige Unterlebe in München. Die Berliner Presse gibt zum Teil die Spitzelnachrichten des Bayerischen Kuriers wieder. Das Berliner Tageblatt bemerkt allerdings: „Wir müssen die Verantwortung für diese Mitteilung natürlich dem Bayerischen Kurier, dem führenden Organ der Deutschen Volkspartei, überlassen.“ Die Freiheit bemerkt zu diesen Berichten: „Wir können gegenüber diesen Veröffentlichungen des Bayerischen Kuriers mit aller Bestimmtheit erklären, daß es sich hier um die Produkte bezahlter Spitzeln handelt. Da wir gerade über die Münchner Verhältnisse gut orientiert sind und zahlreiches und wertvolles Material besitzen, ist es unnötig, zu sagen, daß in unserer Partei niemand daran denkt, politische Machtverhältnisse durch gewalttätige Putsch- oder Sabotage-Abzweigungen zu ändern. Es verhält sich aber bei diesen täglich wiederkehrenden Sensationsberichten der Spitzelnzentrale der Eindringlinge, die Reaktionen aller Schattierungen mit wahrer Inbrunst den Tag herbeischnellen, an dem die Arbeiterklasse sich zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt. Das deutsche Proletariat macht die Hoffnungen der Reaktionen zerschanden. Es wird sich weder durch Spitzeln noch durch sonstige Provokationen vor die Maschinen-gewehre der Soldaten treiben lassen.“

Auch aus Dresden werden dem Berliner Tageblatt neue Spitzelnberichte über einen bevorstehenden kommunistischen Umsturzplan mitgeteilt.

Der Boykott gegen Ungarn.

Berlin, 25. Juni. (L. V.) Der Freiheit wird aus Budapest gemeldet: Die Abfertigung Ungarns ist fast vollständig, so gar Schmutz ist unmöglich. Eine Abordnung der Budapestener Banken und Industriellen hat von der Regierung Verhandlungen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund verlangt, da die industrielle Tätigkeit stark zurückgeworfen wird. Die Industriellen haben die Vermittlung der ungarischen Sozialdemokraten angezufen.

Die englische Arbeiterpartei über den Friedensvertrag.

Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entschließung an, die besagt, die Friedensbedingungen händen mit den Kriegszielen in Widerspruch. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antibolschewistischen Mächte gefordert. Des weiteren wird der waise Scheiden in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei.

Eine Sozialisierungs-Kommission in Schweden.

Die sozialistische schwedische Regierung hat jetzt die schon früher angekündigte Sozialisierungskommission berufen. Die Kommission ist mit besonderen amtlichen Befugnissen ausgerüstet. Der Vorsitzende ist der sozialistische Minister Sandberg. Es wurden ferner zwei Kommissionen für die Prüfung der Frage der wirtschaftlichen Demokratie und der vorläufigen Gesetzgebung für die Gründung von Syndikaten und andern monopolartigen Zusammenfassungen berufen.

Kohlenversorgung.

B. A. Die Frage nach der ausreichenden Kohlenversorgung steht im Mittelpunkt aller Erwägungen, die sich mit der zukünftigen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, mit dem Wiederaufbau der Güterproduktion und den eng damit verknüpften Transportverhältnissen beschäftigen. Bekanntlich liegt die Kohlenförderung aller europäischen Länder sehr im argen und der Friedensvertrag hebt die Bedeutung dieses wichtigen Produkts anschaulich hervor, wenn er die Wiedergutmachungsschuld mit der umfangreichen Lieferung von Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien aufs engste verknüpft und diese Entschädigung durchaus in den Vordergrund stellt. Die Verpflichtungen, die uns durch den Versailler Frieden auferlegt worden sind, sehen eine jährliche Lieferung von etwa 40 Millionen Tonnen Kohle auf die Dauer von zehn Jahren vor. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß dieses große Quantum aus den bei Deutschland verbliebenen Kohlenrevieren geliefert werden muß, daß also die beträchtlichen Fördermengen des Saarreviers und der Pflaß, die zunächst in französisches Eigentum überführt werden mußten, außer Absatz bleiben. Die Saarbrücker Staatsgruben hatten z. B. 1913 eine Produktion von über 12 Millionen Tonnen Steinkohlen aufzuweisen bei einer damaligen deutschen Gesamtförderung von 191 1/2 Millionen Tonnen Steinkohlen.

Die Vorbefastung unserer Kohlenversorgung durch den Friedensvertrag fällt demnach außerordentlich schwer ins Gewicht und es ist kaum denkbar, daß wir in der Lage sein werden, diesen Verpflichtungen nachzukommen, wenn wir nur einigermaßen unsere Industriewirtschaft wieder aufleben und uns ein gewisses Mindestquantum für Exportzwecke an die wichtigsten Abnehmerstaaten — Holland, Schweiz — sichern wollen. Diese kohlenarmen Länder, die im Frieden zum großen Teil von Deutschland versorgt worden sind, knüpfen Kreditbewilligungen und Lebensmittellieferungen stets an die Forderung einer Kohlenbelieferung von unserer Seite. Unter diesen Umständen wird die in kurzer Zeit erfolgende Abstimmung in Oberschlesien für uns zu einer der einschneidendsten Fragen und es wird von dem Ausfall dieses wesentlichen Entwicklung Deutschlands verläßt. Oberschlesien hat 1913 fast 44 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert, also fast 1/4 der gesamten deutschen Erzeugung. Es hat aber außerdem über 1 Million Tonnen Eisen geliefert und der Verlust dieser Produktionsziffer würde um so schwerer wiegen, als wir durch den Friedensvertrag die umfangreiche Kohleneiserzeugung Lothringens und Luxemburgs vollständig verloren haben, aber in Zukunft auch die Produktion der Pflaß und des Saarreviers in immer stärkerem Maße nach Westen gehen dürfte. Um welche Mengen es sich dabei handelt, kann man aus der Angabe ersehen, daß im letzten Friedensjahre von einer gesamten Kohleneiserzeugung in Deutschland, die sich auf 19 1/2 Millionen Tonnen belief, Lothringen fast 4 Millionen, Luxemburg 2 1/2 Millionen, Saargebiet und Rheinpfalz annähernd 1 1/2 Millionen Tonnen stellten. — Zwei Drittel der deutschen Innproduktion, über 40 000 Tonnen Blei und Bleiglatte sowie 11 000 Kilogramm Silber werden von Oberschlesien geliefert.

Die deutsche Kohleneiserzeugung ist im Jahre 1919 verhältnismäßig sehr gering gewesen und das ganze Volk hat diesen Mangel überall deutlich gespürt. Nicht nur die dadurch bedingte Stilllegung zahlreicher Fabriken während vieler Monate, die Einschränkung des Zugverkehrs und der Gasversorgung haben sich als einschneidende Maßnahmen schwer fühlbar gemacht, sondern auch die mangelnde Versorgung mit Hausbrand und vor allem die mit der geminderten Erzeugung und andern Faktoren begründeten ständigen Erhöhungen der Kohlenpreise, die in stärkstem Maße das Preisniveau innerhalb der gesamten Wirtschaft bestimmten. Während in den vier Kriegsjahren die Notierung für Fettkohle Ruhr I von 12.50 die Tonne auf 28.20 M. gestiegen war, sind im Jahre 1919 Steigerungen bis 117.20 M. am 1. Januar 1920 vorgenommen worden, denen in den ersten Monaten dieses Jahres weitere bedeutende Erhöhungen folgten, so daß die offizielle Festsetzung am 1. April 1920 bereits 227 M. pro Tonne lautete.

In der Deffentlichkeit sind diese maßlosen Verteuerungen freilich mit den Lohnforderungen der Belegschaften, den erhöhten Generalkosten und den hohen Materialpreisen begründet worden. Wie wenig berechtigt diese Darstellung ist, geht klar genug daraus hervor, daß bei der letzten Erhöhung um 20 M. die Mehrzahl nur etwa 6 M. die Tonne betragen und der Abgeordnete

Häufig man den Einblick in die Wirtschaftslage wohl kaum be-
streiten wird, hat sogar im Bochumer Volksblatt dargelegt, daß
der Lohnanteil bei den Steuern seit 1910 von 47 Prozent
auf 44 Prozent gesunken ist. Durch diese Verringerung des
guten Geschäftes, das die Kohlenbarone bei jeder Lohn-
erhöhung machen, wird erst die Politik verständlich, die die
weiteren Ausföhrungen folgendermaßen kennzeichnet:

Grundsätzlich ist, daß Werkzeuge sich über die wiederholten
Lohnforderungen aufhalten, während doch diesen Zeitungen be-
kannt sein muß, daß führende Bergwerksbesitzer in Be-
rachung mit dem Wirtschaftsmathematik, im Beisein von Ar-
beitervertretern erklärt haben, die Löhne seien noch zu
niedrig. ... Wie kommen die Werkzeuge dazu, über „hohe
Bergarbeitelöhne“ zu klagen, ihnen die Schuld an der Kohlen-
verknappung zu geben, während nachweisbar Führer der Berg-
werkshandlungen die Arbeitervertreter heimlich ausmün-
digen, höhere Löhne zu fordern, darauf natürlich prompt auch die Koh-
lenpreiserhöhung geantwortet wird.

Inzwischen sind aber auch Verfügungen des Direktors des
Schöneberger Statistikamts Dr. Kuczynski erschienen die ein
großes Licht auf die so oft von uns gekennzeichnete Tendenz der
verhärteten Ausbeutung werfen. In allen Industrien hat sich der
Lohn im Verhältnis zur Profitrate unentgeltlich geholt und dar-
auf ist es in der Hauptklasse zurückzuführen, daß die Höhe des
Realeinkommens aller Arbeitnehmer so weit unter dem der Vor-
kriegsjahre steht, und daß wir bei einer fürchterlichen Misere in
folge der mangelnden Kaufkraft des deutschen Proletariats die
Wirtschaftskrise mit ihren Güterproduktionsbeschränkungen um-
erleben. An Hand der von K. gegebenen Zahlen können wir fest-
stellen, daß der Unternehmergewinn an der Tonne so
außerordentlich gestiegen ist, daß er nicht mehr 2 Prozent des
Kohlenpreises, wie vor dem Kriege, sondern mindestens 4 Pro-
zent des Preises beträgt. Das heißt: an der Tonne Kohle ver-
diene der Unternehmer statt 120 Mk. vor dem Kriege jetzt minde-
stens 39 Mark.

„Seit dem vierten Vierteljahr 1910 ist der Ar-
beitslohn auf die Tonne Steinkohle fast auf das Doppelte,
der Unternehmerrgewinn aber etwa auf das Fünffache
gestiegen.“ Besonders wichtig und interessant ist auch der Hin-
weis auf den englischen Bergbau, bei dem die Löhne etwa 78 Pro-
zent gegen etwa 40 Prozent des Kohlenpreises in Deutschland
ausmachen, der Unternehmerrgewinn gegen die Vorkriegszeit über-
haupt nicht prozentual gestiegen, dagegen der Bergarbeiterlohn
entsprechend den eingetretenen Preisverhältnissen erhöht
worden ist. So steht die gerühmte Einstellung einer Sozialisierung
aus, wie sie sich nach der Meinung der Rechtssozialisten in den ge-
meinnützigen Selbstverwaltungsgesellschaften herausbildet. In
Wirklichkeit sind diese Organisationen von der Wahrung gemein-
wirtschaftlicher Interessen sehr weit entfernt, wie diese Angaben
eindeutig genug beweisen. In ihnen setzen sich die brutalsten
Gewinninteressen der Bechenseliger durch, und es hat nicht den
Anschein, daß die jetzt eingeleitete Verlegung des Schwergewichts
auf den „Reichslohnrat“ zu der erhofften Besserung der Verhält-
nisse führen wird. Auch in diesem Rat setzen sich nämlich die An-
schauungen and der Wille der Industrie, „im Endeffekt“ durch, wie
die gewiß sozialistischer Tendenzen unüberwältigbare Frankfurter Zei-
tung in einer Betrachtung über den Reichslohnrat ausführt. Be-
zeichnend ist in dieser Hinsicht die jetzt getroffene Regelung im
Ruhrbergbau, die bei einer durch Schiedsgericht angelegten, von
Arbeitern und Unternehmern angenommenen Lohnerhöhung von
8 Mk. pro Schicht ganze 1.800 Mk. von den Steuern tragen, den
Rest auf die Reichskasse abwälzen läßt. Jetzt wird
im Tone eines Triumphes der Sozialpolitik und der wirtschaft-
lichen Einsicht auf dieses „Opfer“ der Bergwerkindustrie hinge-
wiesen, daß die unerwünschte weitere Erhöhung der Kohlenpreise
vermeidbar gemacht habe. Es ist wie ein Hohn auf jeden gemein-
wirtschaftlichen Gedanken, daß eine derartige Regelung vorge-
nommen worden ist, denn schließlich werden diese 450 Mk.
pro Tonne, die das Reich übernimmt, wieder von den Steuer-
zahlern aufgebracht werden müssen, auch wenn sie jetzt einem
früher geschaffenen Fonds zum Teil entnommen werden. Die fi-
nanzielle Lage des Reiches ist aber derzeit kritisch, daß die beliebte
Methode der Abwälzung aufhören und die Inanspruchnahme von
Reichsmitteln für diese Zwecke ein Ende haben muß. Die Steuern
können diese Lohnsteigerung tragen, ohne daß ihre Rentabilität
dadurch gefährdet wird. Eine Verringerung der hohen Gewinn-
quote aber ist nicht nur aus sozialen, sondern vor allem aus volks-
wirtschaftlichen Gründen erwünscht. Die Steigerung der Produk-
tion durch technische Verbesserung und Instandhaltung der Förder-
anlagen ist notwendig, aber der Antrieb zur Produktionserhöhung
durch rationellere Methoden wird nicht gefördert, wenn in einer
gekünstelten Politik der Preissteigerungen die Aufgaben des „ge-
meinnützigen Selbstverwaltungsgesellschafters“ sich erschöpfen.
Daß die Bergarbeiterschaft bemüht ist, trotz der schlechten Ernäh-
rung und des Bruches der wiederholt gegebenen und bis heute
nicht eingehaltenen Sozialisierungsversprechen alles daranzusetzen,
um die Erzeugung zu erhöhen, zeigen die amtlichen Ziffern der För-
derung während der ersten vier Monate dieses Jahres. Danach
hat sich die Produktion in Steinkohlen auf fast 41 Mil-
lionen Tonnen gegenüber 32 Mill. To. 1910, in Braunkohlen auf
31 Mill. To. gegen 28½ Mill. To. 1910 erhöht, auch die Koks-
gewinnung ist in diesen vier Monaten um 1¼ Mill. To., die Er-
zeugung aus Steinkohlen um 500 000 To., die an Preiskohlen
aus Braunkohle um 1¼ Mill. To. größer als in der entsprechen-
den Zeit des vergangenen Jahres. Jetzt bleibt nur die Steinkohlen-
erzeugung um circa 18 Mill. To. gegen das letzte Friedensjahr
zurück, während die Braunkohlerzeugung auch gegen 1913 um
über 20 Prozent zugenommen hat. Da die Arbeiter im
Ruhrrevier jetzt regelmäßig verfahren werden und die allge-
meine Förderleistung günstig ist, werden die weiteren Ausweise
den Zeichen noch höherer Zahlen stehen, wie die letzten Mitberichte
deutlich bezeugen. Am 17. Mai sind 280 000 To., am 18. (Mitt-
woch) 331 000 To., am 19. 268 000 To., am 20. 299 000 To. und
am nächsten Vorschichttag, dem 21. Mai, 326 000 To. gefördert
worden. Es muß nun untersucht werden, ob diese günstigen Re-
sultate durch die erhöhte Lebensmittellieferung ohne Raubbau
an der Gesundheit der Bergarbeiter erzielt werden können, damit
wir nicht zu neuen, alsdann unvermeidlichen Rückschlägen kommen.
Die bessere Wohnungsverföhrung, die durch das soeben veröffent-
lichte preussische Gesetz „betreffend Verbandsordnung für den
Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“ herbeigeföhrt werden soll,
wird hoffentlich zu der dringend notwendigen Veränderung der
Lebensbedingungen der Bergarbeiterschaft ein Teil beitragen. Die
sozialistische Arbeiterpartei hat ein sehr großes Interesse daran,

daß diese große und wichtige Arbeiterkategorie, von deren Ein-
stellung innerhalb der künftigen Gesellschaft sehr viel abhängt,
keine dumpf revoluzionierende Masse, sondern eine sozialistisch geföhnte
und kampfbere Arbeitergemeinschaft darstellt.

Die erste Sitzung.

Berlin, am 24. Juni 1920.

Ja, in Weimar, wie ganz anders, anders war es da, als man
den Tempel der neuen Volkerverteilung so schön bekränzte, feierliche
Reden hielt und versprach, dem leidenden deutschen Volke das
Reich der Freiheit und Gerechtigkeit bringen zu wollen, gegen-
über der näheren, beinahe trostlosen Eröffnung des ersten
Reichstages der Deutschen Republik. Und doch liegt zwischen der
Eröffnung des ersten deutschen Parlaments nach der Revolution,
der Nationalversammlung, und dem ersten Deutschen Reichstage
nur ein Zeitraum von kaum 1¼ Jahren.

Das Nationaltheater in Weimar war damals festlich mit
Blumen geschmückt, die Herren Weitz als Reichsozialminister,
Pfaundler als Alterspräsident und Dr. David als 1. Präsi-
dent der Nationalversammlung hielten feierliche Ansprachen.
Freilich, David mußte schon nach wenigen Tagen Herrn
Fehrenbach Platz machen. Die Siegerpartei vom 10. Jan-
uar: die Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrümler, sahen
auf die kleinen Fraktionen links und rechts von ihnen mit stofer
Miene hochmütig herab. Besonders die Unabhängige Fraktion
wurde sogar von den Rechtssozialisten als föhligler Eindringling
betrachtet, der in jener illustrierten Gesellschaft eigentlich nichts zu
suchen habe.

Herrlichen Zeiten sollten wir nach jenen Begrüßungsbreden
entgegengesöhrt werden. Was ist daraus geworden? Der 6. Juni
hat den Siegern von damals die Antwort gegeben.

Welche Mächtigkeit und Allmächtigkeit bei der Eröffnung des
ersten „republikanischen“ Reichstages! Diese Mächtigkeit drückt
den ganzen Sachstand des gegenwärtigen Deutschland aus. Die
Sieger vom 10. Januar sind in der Mitte zusammengesprengt und
von links und rechts ordentlich in die Schere gekommen.

Der Rechtssozialist Klebe aus Braunschweig erklärt trocken,
er sei 1843 geboren, also 77 Jahre alt, und frage, ob etwa ein
älteres Mitglied im Hause sei. Da sich niemand meldet, erklärt
er, die Geschäfte des Alterspräsidenten zu führen, bis das Präsi-
dium gewählt sei; damit war der erste Reichstag der Deutschen
Republik eröffnet.

Bei der Feststellung der Namenliste gab es zweimal kleine
Unterbrechungen. Einmal, als Genosse Adoff Hoffmann beim
Namen Sines das Teffische Versehen vollzogene: „Sobald
das Geld im Kassen klingt, der Sines in den Reichstag springt“,
erheb sich auf der rechten des Hauses lebhaftes Entrüstung, was
auf der linken Seite des Hauses mit Heiterkeit beantwortet wurde,
und dann, als der Name unges Genossen Rittwoch ausgerufen
wurde und Genosse Ledebour rief: „Er kann nicht hier sein,
weil er vom Reichsgericht widerrechtlich zu 2 Jahren Festung ver-
urteilt wurde“, was wiederum auf der rechten des Hauses und
auch beim Zentrum lebhaftes Gegenäußerungen hervorrief. Be-
sonders der Ministermacher Trimbörn regte sich auf und er-
klärte den Zwischenfall als unparlamentarisch.

Die Feststellung der Liste ergab die Anwesenheit von 432 Mit-
gliedern. Es fehlten also 34. Eine so stattliche Zahl wird das
Parlament wohl während seiner ganzen Dauer kaum wieder be-
sammeln sehen. Von alten Parlamentarierern ist eine größere Zahl,
auch solche der Unabhängigen Fraktion, wiedergekehrt.

Noch ein anderer Vergleich zwischen der heutigen Sitzung und
der ersten der Nationalversammlung drängt sich unwillkürlich auf.
Damals waren die Ruheplätze der Revolution noch in der Regie-
rung und machten dann, als die neue gebildet wurde, einer sozia-
listisch-bürgerlichen Regierung Platz; dagegen übernahm die
Leitung des Parlaments der rechtsstehende Zentrumsmann
Fehrenbach; jetzt wird die Leitung des neuen Reichstages
in die Hände von Sozialdemokraten: Löwe und Dittmann,
kommen, dafür aber wird eine rechts gerichtete bürgerliche Regie-
rung die Diktatur des Geldsacks über das schaffende Volk auf-
richten. Wie lange, ist freilich eine andre Frage.

In der morgigen Sitzung wird das Präsidium gewählt und
die Tagesordnung für die nächste Sitzung festgestellt werden.
Dabei dürfte es allerdings zu starken Meinungsverschiedenheiten
kommen, denn die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion
wird verlangen, daß ihre Interpellation über das Marburger
Schaubrottel in der nächsten Sitzung verhandelt wird, was den
Rechtsparteien schwerlich in den Kram passen wird.

Von den Nationalsozialisten.

Es wird uns geschrieben:

In ihrer Nr. 61 vom 5. Juni veröffentlicht die Kommu-
nistische Arbeiterzeitung zu Hamburg einen Artikel Ponafe Hon,
der jeden jüdischen Arbeiter empören muß, aber auch die allge-
meine sozialistische Öffentlichkeit als Kennzeichnung des Geistes
dieser neuen „kommunistischen“ Richtung angeht.

Der Verfasser beginnt mit dem Vorwurf, daß unter allen
Nationen einzig bei der jüdischen „der Klassenkampf gegen die
eigene nationale Bourgeoisie“, „noch in den allerersten Wurzeln
steht“. Die folgende Sackfrage, die schonbar objektiv die kom-
plizierte Lage der Juden darlegt, vergißt gleich das Wesentlichste,
nämlich festzustellen, daß dem Begriff „jüdische Nation“, den der
Artikelverfasser gebraucht, nicht eine geschlossene Wirtschaft-
sphäre entspricht, wie etwa dem einer deutschen oder englischen
Nation. Nur ein Wirtschaftsgebiet kann aber in Klassen zer-
fallen. Jeder kapitalistische Staat und die ihn darstellende Nation
(oder Nationen) zerfällt in zwei Klassen — das ist richtig. Die
über die ganze Welt zerstreuten 12 Millionen Juden aber sind
in diesem Sinne überhaupt keine Nation. Sie stellen kein Wirt-
schaftsgebiet dar. Darum können sie auch nicht in nationale
Klassen zerfallen: es gibt keine nationale Bourgeoisie und kein
nationales Proletariat der Juden, sondern sie gehören wirtschaft-
lich ganz und gar der entsprechenden Klasse ihres Wohnlandes an.
Nur einige Striche im Osten, wo Juden kompakt wohnen, können
zum Teil ausgenommen werden. Dort hat aber auch der Klassen-
kampf in aller Schärfe eingeleitet. Wenn trotzdem auch dort nicht
von einem rein jüdischen Klassenkampf gesprochen werden
kann, so deswegen weil wir auch dort kein geschlossenes
jüdisches Wirtschaftsgebiet haben.

Nur dadurch, daß L.-W. diese Tatsachen verschweigt, kann er
zu der denagogischen Auffassung der Fiktion einer von ihrem
eigenen Proletariat nicht bekämpften Bourgeoisie kommen. Das
soll nämlich die — wie dargelegt, gar nicht existierende — natio-
nale Bourgeoisie der Juden sein, die somit im Vorteil gegenüber
allen andern nationalen Bourgeoisien ist. Das ist, was der De-

magoge braucht. Aber die Fiktionsbourgeoisie hat daran noch
nicht genug. Sie bekommt von ihrem Erfinder noch einen zweien-
ten Vorteil aus dem Klassenkampf zugewiesen: sie verbindet sich
„die Proletarier gegen die herrschenden Klassen aller andern
Nationen“, und das sehr einfach dadurch, daß „auch die religiösen
Schichten der bestehenden Juden es missgeraten vorfinden haben,
ihre „nationale Unterdröckung“ den Proletariern aller Länder
als ein Heilmittel auch der proletarischen Befreiung erscheinen zu
lassen.“ — Jüdische Bankiers haben sich nie über „ihre nationale
Unterdröckung“ beklagt, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht
als „Nation“ auftreten, weil sie immer fremde, „national“ im
kapitalistischen Sinne mit der Kapitalistenklasse ihres Landes
waren. Das ist (ökonomisch) zu verstehen. Das andre ist
phantastisches Gerede. Für eine besondere nationale Bourgeoisie
der Juden steht die wirtschaftliche Basis, das heißt aber: alles.

L.-W. baut seine Fiktion aber noch weiter aus. Er behauptet
von den Juden, daß sie in den kapitalistischen Republiken durch
ihre Kontrolle über das Finanzkapital die eigentlich herrschende
Nation geworden sind, und einige Sätze weiter vorläßt er schon
von der Welt Herrschaft der jetzt stärksten imperialistischen jüdi-
schen Nation. — Die jüdischen Bankiers, auf die L.-W. offenbar
anspielt (der Demagog spricht von Juden schlechthin), werden
als eine Nation proklamiert! Nach wirtschaftlichen Bewegun-
gen müssen die jüdischen Kapitalisten der Klasse des je-
weiligen Wirtschaftsgebietes angehören. Da es nun kein beson-
deres jüdisches Wirtschaftsgebiet gibt, können sie keine besondere
nationale Kapitalistenklasse bilden; es sei denn, eine wirtschaft-
liche Klasse schloße sich entgegen den wirtschaftlichen Motiven nach
Rasseneinstammten zusammen. — Das ist aber bloßhinn! Nur die
fidele Idee der Antisemiten konnte so etwas erkennen, ihr dumpfer
Überglauben an unerforschliche Geheimnisse. Und nun schließt
sich ein angeleglicher Kommunist solchem den Grundlagen jedes So-
zialismus hohn sprechenden „Gedankengang“ an und konstatiert
von neuem die Bogrom-Fiktion einer Nation aus jüdischen
Bankiers (deren Bedeutung dabei nach berühmtem Muster
übrigens ins Ungeheuerliche übertrieben wird). Und wozu diese
Erfindungen? Zu dem Ende soll offenbar, die sozia-
listischen Lehrlinge, die unser Herr „Kommunist“ so scharf bewacht,
gründlich zu verbessern; der Kampf gegen das Kapital wird ein
Kampf gegen eine Nation. Diese ist allerdings fiktiv. Zudem
man sie aber die jüdische nennt, hat man den Unsinn ge-
geben. Der „Gedankengang“ dieses „Sozialisten“ ist, wie ge-
sagt, genau der des verlogenen Antisemiten, genau der, den der
Kapitalismus so freudig gebraucht (zur Verführung!). Auf
dieser „Basis“ werden sich diese „Kommunisten“ mit den Kapita-
listen sicher leicht zusammensuchen. Oder haben sie sich schon
gefunden, wie man sehr vernehmlich munkelt? Eine großartig
„sozialistische“ Basis, wo der ökonomische Kampf der Klassen in
einen pfeudonationalen gegen eine Klasse umgelenkt wird!

Der laute Kunstgriff L.-W.s in seinem ganzen Artikel besteht
darin, daß er aus dem (wirklich bestehenden) internationalen
Finanzkapital eine (fiktive) jüdische Nation macht. Es bleibt
dabei unbegrifflich, wie er vorher von einer jüdischen Nation
sprechen konnte, innerhalb deren der Klassenkampf noch nicht
genug erloschen ist. Innerhalb des Finanzkapitals? (Mit dem
doch jetzt die jüdische Nation identifiziert wird!) Eine falsche
Bestimmung vermischt mit einer noch verlogeneren.

Dieser lesstame „Sozialist“ kann ein internationales Finanz-
kapital nicht verstehen — ohne eine „nationale Basis“. Eine
Wo es in Wirklichkeit deren ebensovielde gibt, als es national-
kapitalistische Wirtschaftsphären gibt. Herr L.-W. aber sucht die
eine nationale Basis für das internationale Finanzkapital. Die
kann nach seiner Meinung nur „eine internationale organisierte
Nation“ sein, das seien die Juden. Und der herrliche Schluss ist:
Wer ein internationaler Sozialist, also in diesem Sinne anti-
national ist, der besorgt nur die Geschäfte der „internationalen
Nation“, der Juden und das heißt: des Finanzkapitals — das
haben Antisemiten auch nie schlimmer erfinden können. Und vor
allem den jüdischen Kommunisten soll ihr Internationalismus
auf diese Weise bloßgedeutet werden: Er ist nur verkappter jü-
discher Nationalismus. Sie versuchen, die gesamte kommunisti-
sche Politik ihren jüdischen Sonderinteressen, d. h. denen des jü-
dischen Finanzkapitals, dienstbar zu machen — so wagt's dieser
felte Wabe gegen Schluss seines Artikels wörtlich zu behaupten.
Nachdem allerdings schon am Anfang, hier nur in negativer
Form, und in der Mitte schon in positiver Behauptung gefunden
wird, daß „ganz offensichtlich“ innerhalb der kommunistischen Be-
wegung Bestrebungen sich bemächtigen machen, die unter dem Dek-
mantel des proletarischen internationalen Klassenkampfes offen-
sichtlich die Geschäfte der jüdischen Großfirmen besorgen.“ Wenn
der verschwenderische Gebrauch des Wörtchens „offensichtlich“ die
Stelle eines Beweises vertreten könnte — nur dann wäre L.-W.s
Lügenstoppel mehr als neberbüchtige Verkungung. „Ganz
offensichtlich“ behauptet „unter dem Dekmantel des proletarischen
Klassenkampfes“ Herr L.-W. die Geschäfte der Deutschnationalen,
der Junker und Großindustriellen. Das dürfte eher einleuchten;
um so mehr als die gänzlich unsozialistische, antisemistisch-national
verschleierte Denkwiese dieses „kommunistischen“ Artikels, wie wir
sahen, in die Augen sticht. Und noch dazu, wenn dieser phanta-
stische Lügenartikel genau am Tage vor der Reichstagswahl er-
scheint. Man wundert sich ordentlich in diesem Blatte die Wahl-
entscheidung gepredigt zu haben, wo doch an den Schluss so jalls-
tisch am schönsten die Parole steht: Wählt deutsch — soziali-
stisch! Oder ist die Wahlentscheidungsparole solcher „Kommuni-
st“ eben nur das andre Ende der deutsch-sozialistischen Parole?
Nach dem Resten: Wer da nicht drauf reinfällt, fällt dort
drauf rein? A. S.

Das Zentrum und Erzberger.

Aus Berlin wird berichtet: Mittwoch nachmittag ersthen
der Reichstagsamtliche a. D. Erzberger zum ersten Male
wieder im Reichstagsgebäude. Wie der Sozial-Anwalt erzählt,
wollte sich die Zentrum-Fraktion über das Verbleiben Erz-
bergers im Zentrum insilich werden. Erzberger hielt eine mehr-
stündige Rede, in der er erklärte, daß der Delferich-Prozess
noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt
habe. Die Gewerkschaften drohen aus der Zentrum-Fraktion
auszuschleiden, wenn Erzbergers Austritt aus der Fraktion er-
zwungen würde.

Auf der Landesversammlung der Partei
Politik am 11. Juni kam es zu heftigen Äußerungen gegen
Erzberger. Die Abgeordneten Leigt und Speck lehnten eine
Zusammenarbeit mit dem Reichstags-Zentrum unter großem Be-
fall ab, wenn Erzberger in die Zentrum-Fraktion
aufgenommen werde. Auch die Abgeordneten Heim
und Held sind der Meinung, daß an einen engen Zusammen-
schluß mit dem Zentrum unter den gegenwärtigen Umständen gar
nicht gedacht werden kann. Held führte aus, wenn die deutsche
Zentrumspartei Wert auf unlere Mitarbeit lege, so ist es aus-
geschlossen, daß Erzberger irgend eine Rolle im
Zentrum spielen darf. Schließlich wurde mit großer Mehrheit
ein Antrag beim angenommen, daß irgendwelcher enger Zu-
sammenschluß mit einer Fraktion des Reichstags oder Landtags
der vorherigen Genehmigung der Landesversammlung bedarf.

Die Monopolisierung der öffentlichen Meinung.

Herr Sines hat den Ehrgeiz, sich den Titel eines deut-
schen „Zeitungsnig“ zu erwerben. Nachdem er in München
die rechtsdemokratische München-Neueste
zeitung und die linksdemokratischen München-Neueste
Nachrichten erworben hat, meldet jetzt die Schwäbische
Volkszeitung aus Augsburg, daß die seit längerer Zeit
schwebenden Verhandlungen zwischen dem Sines-Konzern und
den Augsburg-Neuesten Nachrichten zum Abschluß gelangt seien.
Die Zeitung soll im Sinne der Deutschen Volkspartei redigiert
werden. Das Berliner Tageblatt will wissen, daß diese
Medlung „vertrifft“ sei. Eine Rechtsorientierung des Augsburg-
Blattes sei wohl eingetreten, aber die Finanzierung wäre auf
andere Grundlage erfolgt.

Derartige Demenstis kennen wir. Genau so war es beim Verkauf der beiden Münchner Zeitungen. Es wird immer solch demenstis, bis der Verkauf abgeschlossen ist. Wir werden deshalb auch aus Augsburg bald hören, daß die neuesten Nachrichten von Stimmes gekauft sind. Mit diesem Blatt verlieren die Demokraten in Südbayern ihre letzte Stütze. Sie haben jetzt in Augsburg nur und München kein Publikationsorgan mehr. In Nordbayern steht ihnen von den größeren Blättern nur noch der Fränkische Kurier zur Verfügung, der seit einiger Zeit — wie wir bereits mitgeteilt haben — für den Anschluß der Demokraten an die Deutsche Volkspartei Stimmung macht. Diese Propaganda erscheint recht verdächtig und steht ganz so aus, als wolle sich das Blatt bei Herrn Stimmes in empfehlende Erinnerung bringen. Wir werden uns deshalb gar nicht wundern, wenn in nächster Zeit ein Telegramm aus Nürnberg vom Verkauf des fränkischen Kuriers zu melden kühlt. Herr Stimmes ist auf dem besten Wege die öffentliche Meinung zu monopolisieren. Nunmehr obliegt uns die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die unabhängige Presse in jeder Arbeitersfamilie gelesen wird.

Der Aufruf gegen die Militärgerichtsbarkeit.

Mit Käufern und Zählern haben die beiden Reichsparteien der Nationalversammlung: die Deutsche Volkspartei und die deutschnationale Volkspartei, für die Erhaltung ihrer kaiserlichen Diktatur des Willkürsystems gegen das Verbot, die Militärgerichtsbarkeit gekämpft und es am letzten Tage der Nationalversammlung, dem 21. Mai erreicht, daß das Gesetz nicht in dritter Lesung zur Verhandlung kam, sondern in der Papierkorb wanderte. Es hing damals an einer einzigen Stimme. Seitdem haben aber die Standarten Urteile der Militärgerichte selbst die schlimmsten Philister in Horn gedrückt und besonders das Würzburger Urteil hat dem Fei den Boden ausgeschlagen. Außer den beiden sozialdemokratischen Fraktionen fordert auch die demokratische Fraktion jetzt die schleunige Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Die Kraft die Erregung in der Öffentlichkeit selbst ist, geht aus dem Aufruf hervor, den der „Bund Neues Vaterland“, der „Republikanische Führerbund“ und der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ wegen der Ermordung Hans Baasches an die ganze Kulturwelt gerichtet haben, in dem die Gemeinschaftlichkeit des deutschen Militärs als gefährdet ist und die Befreiung der Militärgerichtsbarkeit gefordert wird. „Die Ermordung Hans Baasches und der Freispruch der Würzburger Zeugen werden uns um den letzten Rest an Sympathien des Auslandes auch in dem deutschfreundlichen Ausland bringen. Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammenritt die restlose Befreiung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die pazifistischen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufrufen, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.“

Die Ausfuhrabgaben.

Während der Hochkonjunktur haben die deutschen Exporteure infolge des Preisanstieges der deutschen Rohstoffe erhebliche Gewinne in ihre Taschen gesteckt. Durch eine Verordnung vom 20. Dezember 1919 wurde dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr die Regelung des gesamten Import- und Exportwesens übertragen. Diese Verordnung ermächtigt den Reichskommissar, nach näherer Bestimmung des Reichswirtschaftsministeriums Abgaben von den Exporteuren zu erheben, die zur Förderung sozialer Aufgaben verwendet werden sollen. Der Reichskommissar kann seine Befugnisse auch den Außenhandelsstellen übertragen. Die Reichsregierung unterließ es aber trotz wiederholter Mahnung, die Ausfuhrabgaben für die Ausfuhrabgaben bekanntzugeben, bis die Arbeitervertreter beim Wirtschaftsrat energische Vorstellungen machten. „Technische Schwierigkeiten“ hoben das Inkrafttreten des Abgaben-Tarifs bis 10. Mai 1920 hinaus. Die Arbeitervertreter forderten jetzt, daß die durch die Verschleppung des Wirtschaftsministers nicht zur Erhebung gelangten Abgaben wenigstens zum Teil noch nachträglich erhoben werden sollten. Die Unternehmervertreter waren nicht nur dagegen, sie verlangten sogar die Befreiung der Tariffrage und entsetzten zu ihrer Unterstützung im ganzen Reich einen Protestkurs.

Das Ergebnis war, daß beim Wirtschaftsrat eine Kommission zur Prüfung dieser Frage eingesetzt wurde, die in ihrer ersten Sitzung bereits den Tarif „revolvierete“. Weitere Änderungen werden noch folgen. Die bis jetzt herabgesetzten Tarifsätze haben bereits die Zustimmung des Wirtschaftsministers gefunden. Aus der folgenden Übersicht, in der wir einige Zahlen aus dem früheren und dem revidierten Tarif bringen, ist die „Arbeit“ der Kommission ersichtlich:

Exportwaren	im Prozenten früherer Tarif	früherer Tarif
Inländischer Kampfer	2	7
Harz und Wägen von Vieh	2	8
Mineralwasser	3	10
Manganerze: Braunstein	0	8
Ammoniak	3	10
Salpetersaure Tonerde	3	10
Salpetersaures Ammoniak	2	10
Salpetersaures Kali	3	10
Salzsaures Grün	0	5
Braunstein	0	8
Salzsäure	0	10
Stielwurz	0	8
Sprengpulver	2	10

Dies ist nur der Anfang. Zum Teil wurden die Abgaben völlig gestrichen, in anderen Fällen auf ganz minimale Sätze ermäßigt. Bis Dezember 1919 konnten die Exporteure ihre Profite aus dem Ausfuhrgeschäft sorglos einstreichen, dann kam der Erschlag über die Ausfuhrabgaben. Die Regierung ließ den Beschäftigten aber sechs Monate lang, ihre Gewinne ins Ausland zu verschleppen, und jetzt, da man sich endlich aufrafft, die Abgabe zu erheben, werden erst Beratungen darüber angezettelt, wieviel zu bezahlen ist, damit man den Deuten Exporteuren nur ja nicht zu wehe tut. Das Reichswirtschaftsministerium scheint nichts anderes zu sein, als ein ausführendes Organ für die deutschen Kapitalisten.

Proteste gegen den Steuerabzug.

Aus Bochum wird gemeldet: Der bevorstehende Abzug vom Arbeitslohn hat auch in den hiesigen Arbeiterkreisen große Beunruhigung verursacht. Wie gemeldet wird, ist auf den großen Werken ein von Tag zu Tag wachsender Widerstand gegen die behördlichen Maßnahmen festzustellen. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union meldet, bewegt sich die agitation in der Richtung, daß, wenn das Abzugsverfahren wirklich durchgeführt werden sollte, ein vierwöchiger Generalstreik einsehen wird, um die Befreiung der neuen Methode zu erzwingen. Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß es bei der bisherigen Steuerentziehungs-methode bleiben müsse.

Der Bund der Landwirte hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen den Steuerabzug in der Landwirtschaft wendet und erklärt, der Abzug sei in der Landwirtschaft technisch ohne grobe Ungerechtigkeiten nicht durchführbar. Der Bund der Landwirte richtet deshalb das Ersuchen an die Reichs-

verwaltung die Ausführung dieser Bestimmungen bis zu ihrer Abänderung zunächst aufzuschieben.

Genehmigung des Abzugs durch die Rheinlandkommission.

Der Regierungspräsident von Köln macht amtlich bekannt, daß die Bestimmungen des Reichswirtschaftsministeriums über den vorläufigen Steuerabzug vom Arbeitslohn von der Rheinlandkommission genehmigt worden ist. Im Anschluß an die Bekanntmachung teilt das Landesfinanzamt Köln mit, daß der vorläufige Steuerabzug dort mit dem 28. Juni in Kraft tritt.

Selbsthilfe gegen den Wucher in Bremen.

Bremen, 25. Juni. (L.H.) Gestern kam es hier infolge der hohen Lebensmittelpreise zu Ausschreitungen. Die Verkaufsstellen auf dem Markt wurden gestürmt und die Waren zu niedrigeren Preisen verkauft. Nachdem die Waren auf dem Markt verkauft waren, wurden die Geschäfte der inneren Stadt ebenfalls gezwungen, die Preise herabzusetzen. Verschiedentlich soll auch geprügelt worden sein, doch kam es nirgends zu ernstlichen Zusammenstößen. Bis in die Abendstunden bewegten sich große Menschenmengen durch die Straßen.

Die Vorgänge im Osten.

Neue Erfolge der Polen.

Kopenhagen, 24. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Generalkonsul: In der Nordfront haben wir nach hartnäckigen Kämpfen zwischen den Polen und der Östern weitere Fortschritte gemacht. An der Westfront haben unsere Truppen durch mehrere kostbare Ausfälle über den Fluß nach Osten drei hohlewichtige Belagern aus einandergeprengt. Ein rotes Kavallerieregiment ging zu uns über. In der Westfront haben die Kämpfe mit Erfolg für die Polen fort. In der Ukraine haben unsere Truppen die vier feindliche Reiterdivision umringt und geschlagen. Wir nahmen den ganzen Divisionstab und 800 Soldaten gefangen, eroberten zahlreiche Kanonen und 600 Wagen. Nördlich vom Dniepr vertrieben ukrainische Abteilungen die Bolschewiken aus einem weiten Gebiet und erbeuteten dabei große Mengen Kriegsmaterial.

Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Georgien und Aserbeidschan.

Paris, 24. Juni. Nach einer Havameilung aus Konstantinopel ist der Friedensvertrag zwischen Georgien und Aserbeidschan unterzeichnet worden. Georgien behält die Provinz Tiflis. Über den Bezirk von Jafataly soll später entschieden werden. Er bleibt vorläufig von Georgien besetzt.

Das Programm der litauischen Regierung.

Kowno, 24. Juni. (Litauisches Telegraphen-Bureau.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung entwickelte Ministerpräsident Grinius das Programm der neuen Regierung. Auf dem Gebiet der äußeren Politik werde sie sich vor allem bemühen, die schleunigste Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens als gleichberechtigtes Mitglied und seinen Eintritt in den Völkerbund zu erwirken. Die Regierung werde enge Beziehungen zu den Nachbarstaaten pflegen. Mit Polen könne Litauen nur Frieden schließen, wenn die beletzten litauischen Gebiete, vor allem Wilna, geräumt würden. Die Nationalversammlung sprach mit Ausnahme der Sozialisten der neuen Regierung das Vertrauen aus.

Ein „parteiloses“ Kabinett in Polen.

Wie der deutsch-polnische Pressedienst meldet, wurde Grabski vom Staatschef, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Er erklärte, er habe dem Staatschef den Vorschlag gemacht, ein fachmännisch-partielloses Kabinett zu bilden. Der Staatschef stellte darauf eine entsprechende Ministerliste zusammen.

Militärische Vorbereitungen Englands.

Amsterdam, 24. Juni. Die Daily Mail meldet: Infolge der ersten Auffassung, die die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve um 15 000—20 000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Unruhen in Währen.

Aus Prag wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Senats machte Ministerpräsident Tuzsar Mitteilungen über die blutigen Ausschreitungen, die sich in der letzten Nacht in Prag ereignet haben. Die deutschen Viertel von Palau hielten dort eine Sonnenwendfeier ab. Bei der Rückkehr in die Stadt sollen sie laut „Holl“ gerufen und vor der Kaserne herausfordernde Sätze gesprochen haben. Es kam zwischen der aufgeregten Mannschaft und den Festsetzern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf beide Teile von der Waffe Gebrauch machten. Nach den letzten Berichten sind 2 Soldaten durch Kopf- und Bauchschüsse getötet und 28 Zivilisten verwundet worden. Wie weiter bekannt wird, war am gestrigen Vormittag in Prag die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. So wurde eine Apotheke, einige Läden und die Redaktion des Währischen Grenzboten demoliert. Die tschechische Presse verzeichnet sogar Hinrichtungen.

Zur Lage in Irland.

Im englischen Unterhaus verteidigte bei der Besprechung der irischen Frage gegenüber Angriffen aus dem Hause der General-Anwalt für Irland die Haltung der Regierung. Er gab Einzelheiten über die getroffenen Maßnahmen und erklärte, daß General Mac Neabh mit ausgedehnten Vollmachten nach Irland abgeordnet sei. Er kündigte auch die baldige Einbringung eines Gesetzesentwurfs an, der es der Regierung ermöglie, bei Lösung von Polizeibeamten die Entschädigung der Hinterlassenen auf die Einkünfte der Stadt abzuwälzen, in der das Verbrechen geschehen ist.

In London herrschte bei der Sinnfeiner einen Angriff auf das katholische Kolleg zurück und gingen selber zum Angriff auf das nationalliberale Stadtortel über. Die Sinnfeiner erschickten in der Birkoffstraße Barrakaden, wo der Kampf äußerlich erbittert geführt wurde. Auf beiden Seiten sind die Verluste groß. Die Feindseligkeiten in der Stadt haben unbeschreiblichen Umfang angenommen.

Deutschland.

Wünsche der bayerischen Deutschnationalen.

Wie die Wörsche Zeitung erfährt, hat die Bayerische Mittelpartei (Deutschnatur. Volkspartei) auf ihrer Landesauswahlung eine Entschließung angenommen, in der sie die Bedeutung des bayerischen Landtagswahlergebnisses darin sieht, daß das bayerische Volk eine Regierung verlangt, in der die rechtsgerechten Gruppen einen größeren Einfluß haben als bisher. Dieser Volkswille muß geachtet werden. Der Landesauswahlung erwartet daher bei Neubildung der Regierung, daß der Mittelpartei eine Stellung eingeräumt wird, die ihrer Bedeutung entspricht. Selbstverständlich verlangen die Deutschnationalen auch in Bayern „Fachmänner“ als Minister.

Aus der Haft entlassen wurde, wie die Mainzer Volkszeitung meldet, der verhaftete Arbeitersekretär Karl Grotschner nach Stellung einer Kaution.

Aleine Auslandsnachrichten.

England und Mesopotamien.

Im englischen Unterhaus gab Asquith der Meinung Ausdruck, daß es sich für Großbritannien empfehle, Mesopotamien zu räumen, denn es habe rechtlich keinen Anspruch auf das Land. Der Völkerbund allein könne ein Recht darauf verlangen. Asquith schlug vor, die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu kürzen. Lord George erklärte, daß die britische Regierung in Mesopotamien den im November 1918 gemachten Vorschlägen entspreche. Heute bestehe die Ansicht, daß das Vilayet Mossul einbezogen werden müsse, um Mesopotamien zweckmäßig zu verbessern. England habe ein „unmittelbares moralisches Recht“ auf Mesopotamien. Es sei die Welsung gewesen worden, die Ansichten der arabischen Völkführer über die vorgesehene Regierung in Mesopotamien einzuholen. Der Antrag Asquith wurde mit 285 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Ein neues Königreich Mesopotamien?

Daily Express meldet: Erster Sovereign in dem neu zu errichtenden Königreich Mesopotamien werde wahrscheinlich Abdulkad, der Sohn des Königs von Hedhas, werden. Die englische Garnison solle vier Jahre in Mesopotamien bleiben, bis inländisches Militär und Polizeitruppen organisiert sind.

England der Erzfeind der Türkei.

Amsterdam, 24. Juni. Die Times bringen in einer Konstantinopeler Meldung einen Bericht über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal. In dieser Sitzung wurde England als Erzfeind der Türkei erklärt und beschlossen, daß die Nationalisten sich dem türkischen Friedensvertrag bis zum letzten Atemzug widersetzen.

Keine Fristverlängerung für die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages.

Nach einer Havas-Meldung ist dem Großvezir eine Note der Friedenskonferenz zugeht, in der ihm eröffnet wird, daß die Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen auf den Friedensvertrag am 28. Juni ablaufe und daß keine Fristverlängerung zugestanden werde.

Die Alandsfrage vor dem Völkerbundsrat.

Reuter erfährt, daß die britische Regierung den Völkerbundsrat gebeten habe, sich mit der Frage der Oberhoheit über die Alandsinseln zu befassen, da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Völkerbundsrat werde bald zusammentreten, um über die Frage zu beraten.

Die Völkerbundsfrage in Amerika.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Davis hat Wilsons Vorausforderung, den Friedensvertrag der Abkündigung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagte, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerikas von der überwiegend arbeits Mehrtheit des Volkes unterstützt werden wird.

Rückgabe Kiautschou an China?

Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan wünsche, Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou an China einzuleiten. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückziehung der Truppen bereit. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Übertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrags nichts ändern.

Einen Entwurf für einen ständigen internationalen Gerichtshof soll eine internationale Konferenz von Juristen ausarbeiten, die am Mittwoch im Haag zusammentreten ist. In der Eröffnungsrede erklärte Leon Bourgeois im Namen des Völkerbundrates, daß die Arbeiten des Völkerbundes und die des zur errichtenden internationalen Justizhofes sich gegenseitig ergänzen sollten.

Feinde des Wirtschaftens überfall. Nach einer Meldung des Voltaire haben 86 Deputierte in der französischen Kammer den Antrag gestellt, den Wirtschaftstag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion im Frankreich zu erhöhen. — Die Jahresversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat sich entschieden gegen die 48-Stundenwoche in den Gewerben erklärt.

Vertreterung des Schwerkraftes in der Tschecho-Slowakei. In der österreichischen Kabinettskonferenz wurde bekanntgegeben, daß die Volkverwaltung zwecks Deckung des Defizits von 300 Millionen Kronen gezwungen sei, ab 1. September die Post- und Telegrafentarife um rund 100 Prozent zu erhöhen. Der Telegrammentarif wird auf 1/2 von etwa 65 Prozent erhöht. Die Telefonentrate bei Ferngesprächen um 30 Prozent, die Abonnementgebühr um 100 Prozent.

Frankreichs Wirtschaftsverluste im Kriege. Das französische Kriegsministerium gibt bekannt, daß im Kriege auf französischer Seite 1 258 572 Mann gefallen sind, darunter sind 361 854 Mann vermisst gemeldet.

Reichstag.

Berlin, 24. Juni 1920.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sind zahlreiche Vertreter fremder Staaten anwesend.

Am Regierungstisch: Vizekanzler Koch. Der Alterspräsident Vize-Vaunschwelz (Soz.) eröffnet die Sitzung und erklärt den ersten deutschen republikanischen Reichstag für eröffnet.

Zu Schriftführern werden die Abgg. Frau Bohm-Schuh (Soz.), Frau Agnes (U. Soz.), Dr. Pfeiffer (Centr.) und Rallewly (Dnat.) bestimmt.

Es wird dann der Namensaufruf der Abgeordneten vorgenommen. Beim Aufruf des unabh. Abg. Mittwoch, der vom Reichsgericht gestrichen wegen Landesverrats zu 2 Jahren Festung verurteilt worden ist, ruft Abg. Lebeschou (U. Soz.): „Der ist unter Rechtsbruch verurteilt worden und kann deshalb nicht hier sein.“ (Unruhe.) Bei Aufruf des Abg. Stimmes (D. Sp.) ruft Abg. Wolff Hoffmann (U. Soz.): „Wenn das Geld im Kasten klingt ...“ (Unruhe und Heiterkeit.) Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten, 34 fehlen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. Wahlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Richard Dieckmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Friedrich Müller, Poststraße 23, Leipzig.
Druck und Verlag: Verlag des Reichstages, Reichstagsgebäude, Leipzig.

Sie Weine
Gros
Spezial
für die Volksabstimmung
dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Banten, Spantallen, Volkshochschule 73 778.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

U.S.P.D. - Groß-Leipzig
Partei-Bezirksamt Tauchaer Str. 19/21, 1
Leipzig 1926

U. S. P. D. - Schwebenbanker
Groß-Leipzig. Sonnabend, den 26. Juni 1926.
Sonnabend, den 26. Juni 1926, abends 8 Uhr, Mitt-
tagssitzung im Parkhotel, Gartenhof.
Tagesordnung: 1. Schulfragen. 2. Beschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Hauptvorstand U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Brandis u. Umg. Sonnabend, den 26. Juni 1926,
abends 8 Uhr, Mitt-
tagssitzung im Parkhotel, Brandis. Tägliche
Tagesordnung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist
notwendig. Der Vorstand.

Witz-Exenberger. Freitag, den 25. Juni 1926,
abends 8 Uhr, Mit-
tagssitzung in der Großen Eiche. Tages-
ordnung: 1. Vortrag des Gen. Weiss: Die politische
Sage. 2. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Soltau-Hausen-Zweitzhausen. Sonnabend, den
26. Juni, abends
8 Uhr, Mitt-
tagssitzung im Gasthof zum
Brotkorb. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen
A. Bonhardt, Mittel der Volkstammer, über: Die
nächsten Aufgaben der Partei. 2. Ausdrücke hierzu.
3. Politische Parteiangelegenheiten.
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Kleinjülicher. Sonnabend, den 26. Juni, abends
8 Uhr, Mitt-
tagssitzung. Tagesordnung: Städtische Angelegenheiten.
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Liebertswitz. Sonnabend, den 26. Juni 1926,
abends 8 Uhr, Mitt-
tagssitzung im Gasthof zum Schwarzen Koh.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die politische Sage.
Referent: Genosse Elrod, Leipzig. 2. Freie An-
sprache. 3. Beschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.
Genossen, welche dem Ortsklub beitreten, wollen
sich in die Liste eintragen lassen. Bedingungen: 24 Jahre
alt, rätig und unbefeholt.

Sommerfeld-Engelsdorf-Banisdorf.
Sonnabend, den 26. Juni 1926, abends 8 Uhr, Mit-
tagssitzung im Lindengarten. Tages-
ordnung: 1. Vortrag über: Die politische Sage nach
den Wahlen. Referent: Gen. Patzig. 2. Ausdrücke
hierauf. 3. Gemeindefragen. 4. Beschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Metallarbeiter
Verband Die Mitglieder
Wolfsberg, 30.11.1926
Hauptversammlung
Mittwoch, den 21. Juli
Generalversammlung
Heizungsmonteur und Helfer.
Sonnabend, den 26. Juni 1926, abends 7 Uhr:
Versammlung im Volkshaus. Tages-
ordnung: Stellungnahme zur Reichskonferenz.
Die Branchenkommision.

Patentanwaltbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

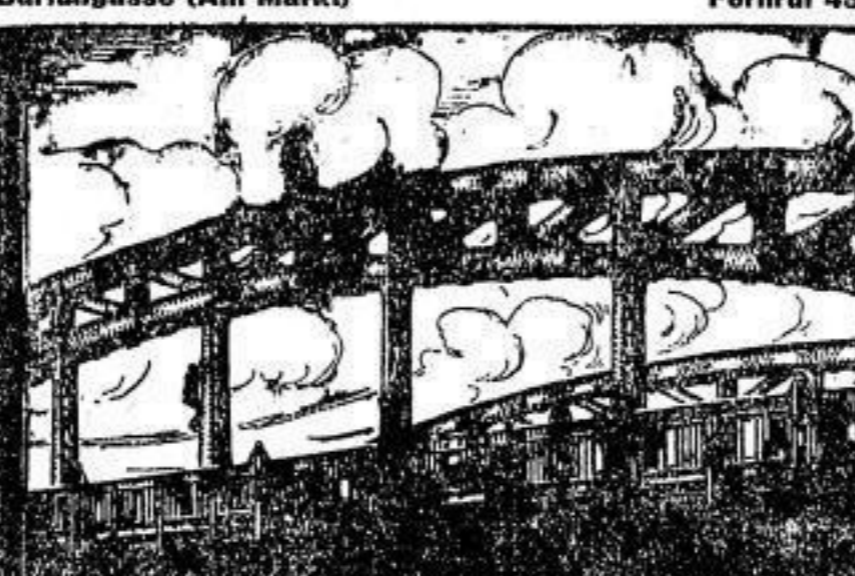
Lichtspiele
Zschocher
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Heute Wiedereröffnung
Freitag bis Montag
den schönsten Erfolg, den ein Filmwerk
zu verzeichnen hatte
Das Mädchen
aus der
Ackerstrasse
Großer Sensationsfilm aus Berlin NW
6 Akte Hauptrollen: Reinhold Schünzel 6 Akte
Lilly Flohr.
Ferner
Harry Piel
in
Der grosse Coup
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
Erstklassige Künstlermusik.
Einlass 1/5 Uhr
Anfang 5 Uhr.

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.
Nur von Freitag, den 25. Juni, bis 1. Juli:
Der mit größter Spannung erwartete
II. Teil mit 2 Episoden und 5 Akten
von:
Die Vampire
Der Schrecken der Detektive
6 Teile, 10 Episoden, 31 Akte
Das Gespenst. Die Flucht des Toten.
Ferner:
= Viggo Larsen =
in dem 4akt. Drama aus dem Zirkus- und Artistenleben:
Graf Stöckels Bekenntnisse.
Wochentags 4, 6 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
NB. Vampire I. Teil
von heute **Palast-Theater** Gohlis
an im Lindenthal, Str.



Kasino Lichtspiele
Neumarkt Fernruf 19960
Spielplan vom 25. Juni bis 1. Juli!
Endlich der längst erwartete große Hella-Moja-Film:
Die Tänzerin von Tanagra
Die erschütternde Tragödie aus dem Künstlerleben, in 4 Akten,
in der Hauptrolle
Hella Moja
Ferner: Der aus „Madame Dubary“ und „Austerrapineessin“
beliebte und bekannte Humorist
Ernst Lubitsch
in seiner Glanzrolle als
Sally Pinkus
in
Schuhpalast Pinkus
oder: „Das kommt vom Kille-kille“
Ein Schlager von Humor, Witz und Satire in 3 Akten.
Wochentags 4, Sonntags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Welt-Theater
Barfußgasse (Am Markt) Fernruf 4570
Harry Piels größte und span-
nendste Sensation
Das kolossalste und gewaltigste
Detektiv- und Abenteuer-Drama in 5 Akten:
Das geheimnisvolle Telephon.
Ferner: Das ergreifende und fesselnde
Drama aus dem Volksleben in 5 Akten:
Wenn Menschen heiße Tränen weinen
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr



Film-Palast
L. Lindenau, Gundorfstr. 31.
Freitag, den 25., bis Montag, den 28. Juni:
Das Brillantenschiff.
Sensationsdrama von 2 Stunden Spieldauer.
Aus dem Inhalt:
Die tollkühnen Entwürfe in Frisco.
Der Angriff auf das Haus aus Stahl.
Im Aufzugschacht zerquetscht.
Die Kämpfe in der unterirdischen
Chinesenstadt.
Der Tod durch giftige Höhlendämpfe.

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-
Handlung
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42
Billige Lebensmittel!
1500 Pfund frisch
Geräuch. Schellfische Pfund 3.50
Boll-Seringe Pfd. 2.25 Jarle Schnittböhnen
Bismarckheringe „ 3.00 „ Jowelt Bortat Pfd. 50 Pfa.
Gabelmilch „ 3.00 „ Prima Speise-Würze
Seringerose „ 1.50 „ Gefäße mitbr. Pfd. 50
Seringerose „ 1.00 „
Heute Kostproben gratis
meiner beliebtesten, weit und breit bekannten
Medizinal-Dorsch-Leber-Pastete
Dose von 3.50 an.

Zigaretten
„Saar-Gold“ „Telepath“
viel verk. beliebte Marke. Niemensgare aus edelsten,
goldneß. Virginia-Tabak. hellen Tabaken.
Preis pro Wille 295. Preis pro Wille 315.
Kleinverkauf 40. Kleinverkauf 40.
Bei Abnahme von 3 Wille, per Wille 5. Kachab.
große volle Packung.
Zigarren, Preis pro Wille 480 bis 2000.
Fromm, Leipzig, Felixstr. 8/11, Ecke Schützenstr. 1. 3038.

Zigaretten!!!
Billi Englisch, in Stankol 420⁰⁰
Bellmar Rosenformat 390⁰⁰
Bubbi „ 310⁰⁰
Die **Bull Dog** 310⁰⁰
Alles gelbe Tabako und Rosen-
format ohne Preisauddruck.
Bei größerer Abnahme entsprechen billiger!
M. Glaser, Leipzig
Katharinenstraße 17
Engro und Detail

Betriebsräte
die für ihre Kollegen den
Brennholzbedarf
einzudecken beabsichtigen, empfehlen wir, denselben jetzt
vorzunehmen, da augenblicklich die günstigste Zeit ist.
Lieferung sofort möglich. Off. unt. R. 69 an die Exp. d. Bl.
Offertiere im Auftrage einer Behörde
ca. 3000 Arbeiteranzüge
durchgewaschen, gefärbt, aber gut erhalten, aus
starken Militärdrill, blau gefärbt, auch für
die Straße geeignet.
Preis pro Ansatz Mk. 51.— ab Lager Hamburg
und Schwerin.
Karl Krebs jr., Hamburg 1,
Nathausstraße 29.

Streichfert. Farben in bester Friedensgüte
Zubehörsfarbe, hochgl., g. für Wandfarbe geeignet. kg 19.—
Möbel-Emallelackfarbe, weiß, grau usw. kg 32.—
Kuhnert & Co., Emilienstraße 42. Tel. 5719.

Sedermann kein eigener Schuhmacher
mit meinen abgepassten
Formgummisohlen (D. R. G. M.).
Wasserdicht aufgefittet überleben dieselben
2 gute Lederlohlen.
Kein Kriecher! Prima Friedensware!
1 Paar Herrenlohlen mit Klebstoff Mk. 16.—
1 Paar Damenlohlen mit Klebstoff Mk. 14.—
Gummi-Verlängerung **J. F. Eckrich, i. G., Karlsruhe**
— Versand per Nachnahme! —
Aus guten **Kernlederstücke** zusammengesetzte
guten **Kernlederstücke** zusammenges. Absatz
diesel. Pa. **Kernleder im Ausschnitt u. im Ganzen**
sowie sämtl. **Schuhbedarfsartikel** preiswert zu haben
C. Migdin, Haupt- Leipzig, Tauchaer Str. 46
Filialen: Seif., Wurzn. Str. 11, Schönf., Breslauer Str. 44.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. Juni.

Parleiangelegenheiten.

Anger. Funktionäre, Sonnabend, 1/8 Uhr, Sitzung, Anger...

Die städtische Besoldungsreform.

Nach dem Vorbild des Reiches und des Staates hat der Rat...

Table with 2 columns: Lohnklasse (bis/über) and Besoldung (Mk.)

Der Ortszuschlag ist also in den unteren Klassen am...

Noch schlimmer und unsozialer wirkt der Teuerungszuschlag...

Die Teuerungszulage macht also bei den oberen Beamten viel...

Gegen den Lebensmittelwucher.

In einigen Großstädten ist es zum Vorchehen der Konsumenten...

Geschiebung und Verwahrung lassen die Dinge laufen, die...

In Leipzig denken die maßgebenden Stellen nicht daran...

In Leipzig ist bisher die ängstliche Ruhe gewahrt worden...

und die Bächter gingen herunter auf 1 Mk. bis 1.40 Mk. Der...

Solche Mittel helfen hier und da höchstens einen Tag...

Wozu trifft die Landesheerespolizei Vorbereitung?

Wie uns berichtet wird, hat gestern die in der 108er Kaserne...

Die Heerespolizei scheint sich auch um Dinge zu kümmern...

Die Beschlüsse der Straßenbahner gehen die Heerespolizei...

Moralsererei.

Als eine Folge des Weltkrieges ist eine starke Verschiebung...

Nach hier erstatteter Anzeige und dem Ergebnis der statt...

Die unten verzeichneten Gebühren haben Sie binnen 14 Tagen...

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

J. A.: Unterschrift (unleserlich).

Mak 3.— Gebühren.

Es geht doch nichts über die gesetzliche, bürgerliche, wohl...

Ratsbeschlüsse.

Höhere Erwerblosenunterstützung. Auf Grund einer mit den...

vom 1. Mai dieses Jahres ab gewährt werden, weil mit dem...

Städtischer Wohnungsbau. Um der bestehenden Wohnungs...

Das Großfeuer im Paunsdorfer Straßenbahnhof.

In der Nacht zum Donnerstag wurden die Bewohner der Di...

Die Brandstätte war natürlich am Donnerstag und Freitag...

Sonnenwendfeier der Sozialistischen Proletarierjugend Leipzig.

Morgen Sonnabend, den 26. Juni, feiert die Sozialistische...

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Leipzig.

Der Leipziger Bürgerausschuß als gekränkter Deberwurf.

Herr Bue war dieser Tage hier und er hat ohne den Leipziger...

Der Fleischwucher.

Ein Pfund frisches Rindfleisch mit Knochen kostet morgen...

23. Volksschule Leipzig-Modan. Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Esterwiersammlung Vortrag über „Berufsberatung“. Hierzu sind vor allem die Eltern solcher Kinder eingeladen, die nächste Oftern die Schule verlassen.

Bei der Wahl eines Elternrates der 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstraße 31/33, am 23. Juni übten von 2426 Wahlberechtigten nur 864 ihr Wahlrecht aus (35 Prozent). Es entfielen auf die U. S. P. 450 Stimmen, auf die christliche Liste 414. Da nach Verhältniswahl gewählt wurde, erhielt die U. S. P. 5 Mandate, die christliche Liste 4 Mandate. Die „unpolitische“ christliche Liste hatte lieberhafte Hausagitation entfaltet. Sie hatte das Bürgerium fast reiflos auf die Seite gebracht. Der größte Teil der Nichtwähler gehörte der Arbeiterklasse an! Es wird Zeit, daß diese Gleichgültigkeit verschwindet und die Arbeiter die Notwendigkeit der Elternräte anerkennen!

Höhere Schule für Frauenberufe. Nach Beschluß des Rates und der Stadtverordneten ist die Schule für Frauenberufe vom 1. April d. J. an unter der Leipziger Höheren Schulen eingeordnet worden. Aus diesem Anlaß fand eine schlichte Feste statt, in der der Leiter der Anstalt, Herr Direktor Dr. Gnhlke, mit kurzen Strichen ein Bild des Entstehens und Werdens der Anstalt zeichnete, die mit 128 Schülerinnen und 3 Lehrkräften im Jahre 1876 von Stadtrat Dr. Panik ins Leben gerufen wurde und mit 3078 Schülerinnen und 108 Lehrkräften ihren Höchststand erreichte. Die hohe Bedeutung der Einordnung für das wirtschaftliche Fortkommen der Schülerinnen wurde vom Vorsitzenden des Elternrates hervorgehoben.

Frachtermäßigung für Blumenkohl beantragt. Die Mitteilungen der Handelskammer berühren: Blumenkohl wird nach der gegenwärtigen Tariffassung sowohl im deutschen als im deutsch-niederländischen Verkehr eintausend bis gegen Bezahlung der Eisenfracht befördert. Infolge der hohen Fracht und in Anbetracht des Wertverlustes stellt sich daher holländischer Blumenkohl in Leipzig verhältnismäßig zu teuer dar, einen rationellen Absatz nicht gedeckt werden kann. Die Handelskammer beantragte daher beim Reichsverkehrsministerium Berlin dringlich die Aufnahme von Blumenkohl unter die Postion „Gemüse“ des Spezialtariffs für bestimmte Gügüter.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank 1: Nr. 2356 bis 2376, Freibank II: Nr. 1721—2370; Hähnel-Kleinfleischer: von 2 bis 6 Uhr Nr. 1128—1205 und Nr. 1—280 zum Höchstpreis von 6.10 Mk.; Hoffmann-Wächterstraße: von 11 bis 12 Uhr, Nr. 1351 bis 1566 zum Höchstpreis von 6.10 Mk.

Schlachthof, Schaubank II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hauskarte Ausgabe von einer Dose Andergulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

Lebensmittelliste für Sonnabend, den 26. Juni. Für Haushaltungen. Anmeldung. Butter und Kolosspeise: Letzter Tag — bestellt mit Landesfestmarkt T 1 (100 Gramm Butter und 150 Gramm Kolosspeise); Zusatzlebensmittelliste 6 für Kriegsgefangene (50 Gramm Butter); Sondersondermarkt 105. Kunstbrot: Letzter Tag — abzugeben 11 U und K der neuen Lebensmittelliste Reihe P (1/2 Pfund). Fleischmarken W und Fleischmarken 14 für Kriegsgefangene. Ausgabe. Fleisch — bestellt mit U 1—10 (180 Gramm), U 1—5 (90 Gramm), W 1—5 (125 Gramm), Fleischmarken 8 für Kriegsgefangene (125 Gramm Rindfleisch).

Vollzeitsnachrichten.

Sittlichkeitsverbrechen! Am 14. d. M. gegen 1 Uhr nachts ist ein mit der Bahn hier eingetroffenes Dienstmädchen in der nicht verschlossen gewesenen Haustür ihrer Wohnung in der Promenadenstraße von einem unbekannten Manne angefallen und zu Boden geworfen worden. Der Versuch, es zu vergewaltigen, mißlang, worauf der Mensch die Flucht ergriff. Er wird von dem Mädchen als 1,70 bis 1,75 Meter groß, auffallend stark, breitschultrig und als mit braunem Sportanzug mit Gürtel, weißem Strohhut (sogenannte Butterkrone) und schwarzen Schnürschuhen bekleidet gewesen beschrieben. — In der Dörrienstraße hat ein Mann ein sechsjähriges Mädchen an sich gelockt und gezwungen, mit nach seiner Wohnung zu gehen, wo er, soviel aus dem Kinde herauszubekommen ist, unzüchtige Handlungen mit ihm vorgenommen hat. Velter kann die Kleine über die Lage der Wohnung des Unholbs keine bestimmten Angaben machen.

Zusammenstoß. Am 18. d. M., vormittags gegen 10 Uhr, sind auf der Kreuzung Reupere Hallische Straße und Lindenbaler Straße zwei Personentransportwagen zusammengestoßen. Beide Wagen sind stark beschädigt worden. Verletzungen hat nur der eine Kraftwagenführer, ein Fleischmeister, erlitten, der sich deswegen in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Der betrügerische Reisegeldgeber. Einer Köchin, die auf der Fahrt von Regensburg nach Hamburg begriffen war, hatte sich in Regensburg ein junger Mensch angeschlossen, der ihr in Hof den Koffer abnahm und ihn angeblich, gleichzeitig mit dem Leinwand zum Transport nach Leipzig ausgeben wollte. In Leipzig angekommen verdarbte der Reisegeldgeber und die Köchin mußte feststellen, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war, der offenbar schon in Hof unrechtmäßiger Weise über das Gepäck verfügt hatte. Der Koffer enthielt ihre ganze Habe. Der Gauner ist 20—22 Jahre alt, etwa 1,70 m groß, schmachtig, bairisch. Bekleidet war er mit schwarzem Anzug und grau-grünem weichem Filzhut.

Kraubüberfall in der Eisenbahnstraße. Einem äußerst frechen Kraubüberfall ist am 21. d. M., abends gegen 10 Uhr, die Kassierein eines Kinos in der Eisenbahnstraße zum Opfer gefallen. Als das junge Mädchen nach Geschäftsabschluss mit einer braun-lebernen Aktentasche, in der sich in einem graulichen Beutel mit Vorleseschloß etwa 500 Mk. befanden, die Straße betreten hatte, wurde sie sofort von drei unbekannten Männern umringt und auf die Fahrstraße geworfen. Einer der Räuber entließ die Aktentasche, was ihm ein leichtes war, weil die Weberfallene einen künstlichen Arm hat. Inzwischen war der Geschäftsführer des Kinos, der den Vorgang aus einiger Entfernung mit angesehen hatte, hinzugeeilt, kam aber leider schon zu spät, denn das Kraubgefäß ergriff bei seinem Rufen mit der Wute sofort die Flucht. Er verfolgte zwar denjenigen, der die Tasche im Besitz hatte, durch die Meißnerstraße bis in die Eisastraße, verlor ihn aber dann in der Dunkelheit aus den Augen. Seine Ausrufe: „Halt auf! Straßenaüber!“ wurden von den Passanten nicht beachtet. Auch den Überfall selbst haben Straßenpassanten aus unmittelbarer Nähe ruhig mit angesehen, ohne den geringsten Versuch zu machen, der bedrängten Kassierein beizuspringen. In der Aktentasche befanden sich außer dem Geld noch ein Kassenbuch, 300 Programme mit der Ueberzeitung Battene oder die Karte des Todes, ein Buch Sturms Werke, eine schwarze Handtasche und mehrere Schlüssel. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache zu melden.

Sächliche Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Beiräte im Bergbau. — Eisenbahnwünsche. Gestern stand in der Volkskammer ein Antrag der Rechtssozialisten auf Einführung von Beiräten bei dem Bergamt und den Berginspektionen zur Beratung. Der Abgeordnete Krause legte in einer längeren Begründung, wie notwendig die Mitwirkung der Arbeiter bei der Kohlenförderung, der Unfallverhütung usw. ist. Man solle ihnen aber auch Gelegenheit bieten, in den genannten Ämtern Anregungen zu geben. Vom Finanzminister Dr. Reichard wurde versichert, daß die Regierung sehr viel Wert darauf lege, ein Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und den Arbeitern herzustellen.

Es seien bereits Anfragen an die preussische und die bayrische Regierung ergangen, um deren Stellung kennen zu lernen. Sobald die Antworten eintreffen, solle im Ausschuß berichtet werden.

Obwohl die geforderten Beiräte nicht das geringste mit den Betriebsräten zu tun haben und eigentlich nichts weiter sein sollen, als aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Beiräte, wie sie auch früher wiederholt gefordert worden sind, hatten die Rechtssozialisten allerhand Bedenken. Das Wort Beiräte wirkte wie das bekannte rote Tuch, und der Deutschnationalen Schardt trat lebhaft für Ablehnung des Antrages ein, weil er nur Beunruhigung und Mißtrauen beim Bergamt, — soll wohl heißen, bei den Unternehmern, — hervorrufen würde.

Nach einigen weiteren belanglosen Bemerkungen wurde der Antrag dem Haushaltsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Dann wurden einige Eisenbahngesuche erledigt. U. a. wurden die Gesuche der Gemeinden Wilfenfels und Genossen um Erbauung einer Eisenbahn von Wilkau-Bielau-Friedrichsdorf-Wilfenfels nach Reudnitz der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Erwerbslosenfürsorge in Sachsen.

Im ordentlichen Staatshaushaltplan für 1920 sind die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, für die im ganzen 155 Millionen Mark angefordert werden, vollständig übernommen. Diese Kosten sind infolge ihrer außerordentlichen Höhe für den Etat von entscheidender Bedeutung. Bekanntlich ist die Verteilung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge so geregelt, daß das Reich die Hälfte, das Land ein Drittel und die Gemeinden ein Sechstel tragen. Diese Regelung benachteiligt Sachsen, das infolge seiner durch die Auswirkungen des Krieges noch immer schwer darniederliegenden Industrie einen besonders hohen Prozentatz der gesamten deutschen Erwerbslosenfürsorge aufweist, ganz außerordentlich und nach der Meinung der Regierung gegenüber den andern deutschen Bundesstaaten in ungerechter Weise. Am 15. Mai d. J. zahlte der Freistaat Sachsen an 69 838 Erwerbslose Unterstützung, während im ganzen Reich nur 278 418 Erwerbslose zu unterstützen waren. Das Land Sachsen hatte demnach 25,33 Prozent der deutschen Erwerbslosen zu unterstützen, während sein Anteil an der gesamten Bevölkerung des deutschen Reiches nur 7,78 Prozent betrug.

Die sächsische Regierung hat deshalb auf Vorschlag des Arbeitsministeriums bei der Reichsregierung den Antrag auf eine anderweitige Regelung der Verteilung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge gestellt und zwar dergestalt, daß die von den Ländern zu zahlenden Beiträge in Zukunft nicht nach der Zahl der Erwerbslosen, sondern nach der Zahl der gesamten Bevölkerung bemessen werden. Das würde für unser Land eine Ermäßigung dieses außerordentlich stark in die Wagtsale fallenden Ausgabebeitrages auf etwa ein Drittel bedeuten. Man hofft, daß sich das Reich den berechtigten Wünschen Sachsens nicht verschließen wird, da der Zustand unhaltbar und für die sächsischen Staatsfinanzen auf die Dauer unerträglich ist, daß das Reich unter Kriegsverhältnissen, die doch das ganze deutsche Reich gemeinsam tragen muß, das industriell stark entwickelte Sachsen besonders leiden läßt, ja auch für einzelne sächsische Gemeinden, z. B. Plauen, die bisherige Regelung der Kostenvorteilung eine schmerzliche Last bedeutet.

Im Etat ist die Hoffnung, daß Sachsen durch eine solche Neuregelung erheblich geringere Aufwendungen zu tragen hat, nicht berücksichtigt, sondern der volle Aufwand, den es nach den bisherigen Bestimmungen aus der Erwerbslosenfürsorge zu tragen hat, eingelegt, und zwar ist diese Summe so hoch eingelegt, daß sie menschlicher Borausicht nach allen Eventualitäten Rechnung trägt.

Die gesamten Kosten der Erwerbslosenfürsorge gleitern sich so, daß davon entfallen 95 Millionen an die Zahlungen an die Nichtbeschäftigten einschließlich aller Zuschläge direkt, 60 Millionen auf die sogen. produktive Erwerbslosenfürsorge, die im Grunde nichts anderes als Zuschüsse für Kostlandsarbeiten sind. Die hohe Summe von 95 Millionen erklärt sich daraus, daß der Staat ein ganz besonderes Interesse daran hat, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen, selbst dann, wenn die für diese Arbeit ausgenommenen Kosten, die unter den augenblicklichen Verhältnissen natürlich ungewöhnlich hoch sind, dem Erfolge der erstellten Leistung, soweit eine Rentabilität in Frage kommt, nicht voll entsprechen.

Besserung im Eisenbahnverkehr.

Im Eisenbahnpersonenverkehr Sachsens betragen die Einnahmen im Januar 9,6 Millionen Mark, im Februar 10,2 Millionen Mark, im März trotz der Anruhen und Streiks 18 Millionen Mark, im April 18,3 Millionen Mark. Obwohl der Rang der an leistungsfähigen Lokomotiven immer noch stark lückenhaft ist, sind die Verdienste doch schon erheblich besser geworden, zumal man sich damit half, daß man die Fahrzeiten verlängerte, um bei geringerer Inanspruchnahme des Materials dennoch eine gewisse Fahrpünktlichkeit zu erzielen.

Ein reicher Holzdieb.

Der Gutsbesitzer Beck in Kleinottra, einer der reichsten Bauern des Ortes, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Vereins, Mitglied des Reichstages und Inhaber des Kriegsverdienstkreuzes, wachte sich auf billige Art Holz zu verschaffen. Obwohl er selbst Wald besitzt, fuhr er mit Pferd und Wagen in den Staatsforst und in das dem Rittergut Grünberg-Heimisdorf gehörige sogenannte Birktig, schlug sich dort die Stämme, die er brauchte, und fuhr sie auf seinen Hof. Ein Teil der gestohlenen Stämme hatte er schon nach der Schnellbühle gebracht, um Balken und Bretter daraus schneiden zu lassen. Gendarm und Förster hatten eine gute Weile zu tun, um das gestohlene Holz zu vermessen. Im Dorfe munkelte man schon lange davon, daß es dieser mit Wärdern und Gütern so reich gesegnete Bauer mit Wein und Dein nicht so genau nehme — nun ist der Krug gebrochen, von dem man noch nicht genau weiß, wie lange er schon zu Wasser ging.

Aus den Nachbargebieten.

Altenburg. Umfangreiche Schießungen mit Heeresgut ermittelte die hiesige Kriminalpolizei. Bei einer Hausdurchsuchung auf einem Grundstück in der Krüttrichstraße fanden Kriminalbeamte sieben große Säcke und eine Kiste voll Militärpatronen, die von einem Kammerunteroffizier des hiesigen Landjägerskorps veruntreut waren. Auch in der Kaserne wurden noch für annähernd 20 000 Mk. Militärpatronen usw. vorgefunden, die von dem Unteroffizier verschoben werden sollten.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Woran liegt es? Es ist festgestellt, daß die Verkaufspreise für Bruttos in Leipzig und Umgebung recht verschiedenartig sind. In Leipzig kostet der Zentner auf dem Kohlenhofe 14.10 Mk. In kleineren Orten, die Bahnstationen sind, werden die Bruttos gleich nach Eintreffen vom Eisenbahnwagen ausgegeben. Man zählt dabei in Gerichshain 12 Mk., in Borsdorf 13 Mk., in Dörsch und Tucha 16 Mk., Zwischen 12 und 16 Mk. liegt eine Differenz von 4 Mk., das beträgt bei einem 400-Zentnerwagen 1600 Mk. Ein solcher Wagon soll meist an einem halben Tag abgegeben werden.

Wir verstehen nun gar nicht, wodurch der Unterschied von 1600 Mk. entsteht. Vielleicht geben uns die Ortskohlenauschüsse, die doch bestimmungsgemäß in allen Orten bestehen sollen, einmal darüber Auskunft.

Brandis. Städtgemeinderatsitzung. Es wird beschlossen, einen „Ortsklub“ in Stärke von 30 Mann zu gründen. Den Beschüssen des Bauausschusses auf Erbauung von Wörken im Stadthause und Wasserwerk, der Beschlußung des Führens in der Leipziger Straße, ebenso des Bergbauwesen zwischen der Gerichshainer Straße und dem Teufelsberg, auf Umweitung von 60 Mk. an die hiesige Feuerwehr für Vorführung der Motorpumpen vor dem hiesigen Kohlenhof, sowie Umweitung von 300 Mk. an die hiesige Feuerwehr gegen Erweiterung zu einem Vergütigen wird Zustimmung erteilt. In der Gegenwärtigen Sitzung des Rittergutes wird beschlossen, daß sich Baron v. Penh nicht Brandis, sondern den Gemeinden Cämmerei und Gerichshain einverleiben will. Einspruch beim Ministerium des Innern zu erheben. Weiter wird die Neuwahl des Wohnungsnotstandsausschusses vorgenommen, und zwar wird dieser Ausschuß dem technischen Ausschuß angegliedert, und außer diesem werden folgende Mitglieder zugewählt: die Herren Wehmarm, Dentwiz, Paul Franz Schüller, Krämer, Moritz Hanke, Theodor Kern und Schulze. Ferner kommen die eingelegten Zeichnungen vom Architekten Zweck in Leipzig über Wohnungsbauten zur Vorlage; er soll aufgefordert werden, zunächst noch Kostenanschläge einzulegen. Beschlossen wird, den Kohlenbergsteich (Parksteich) so weit ausfüllen zu lassen, daß er als Badesee gefahrlos benutzt werden kann. — Stadtrat Genossen Rehm werden 100 Mk. Entschädigung pro Woche gewährt.

Brandis. Städtgemeinderatsitzung. Es wird beschlossen, einen „Ortsklub“ in Stärke von 30 Mann zu gründen. Den Beschüssen des Bauausschusses auf Erbauung von Wörken im Stadthause und Wasserwerk, der Beschlußung des Führens in der Leipziger Straße, ebenso des Bergbauwesen zwischen der Gerichshainer Straße und dem Teufelsberg, auf Umweitung von 60 Mk. an die hiesige Feuerwehr für Vorführung der Motorpumpen vor dem hiesigen Kohlenhof, sowie Umweitung von 300 Mk. an die hiesige Feuerwehr gegen Erweiterung zu einem Vergütigen wird Zustimmung erteilt. In der Gegenwärtigen Sitzung des Rittergutes wird beschlossen, daß sich Baron v. Penh nicht Brandis, sondern den Gemeinden Cämmerei und Gerichshain einverleiben will. Einspruch beim Ministerium des Innern zu erheben. Weiter wird die Neuwahl des Wohnungsnotstandsausschusses vorgenommen, und zwar wird dieser Ausschuß dem technischen Ausschuß angegliedert, und außer diesem werden folgende Mitglieder zugewählt: die Herren Wehmarm, Dentwiz, Paul Franz Schüller, Krämer, Moritz Hanke, Theodor Kern und Schulze. Ferner kommen die eingelegten Zeichnungen vom Architekten Zweck in Leipzig über Wohnungsbauten zur Vorlage; er soll aufgefordert werden, zunächst noch Kostenanschläge einzulegen. Beschlossen wird, den Kohlenbergsteich (Parksteich) so weit ausfüllen zu lassen, daß er als Badesee gefahrlos benutzt werden kann. — Stadtrat Genossen Rehm werden 100 Mk. Entschädigung pro Woche gewährt.

Bauha. Aus dem Gemeinderat. In gehheimer Sitzung beschäftigte sich der Gemeinderat mit einer Verfügung, welche die Bildung eines so genannten Ortsklubs vorsieht. Dieser bestand offiziell keine Einwohnerzahl. Nach längeren Erwägungen über Aufgaben und Pflichten eines Ortsklubs beschloß man gegen eine Stimme die Bildung eines solchen. Unbeantwortet bleibt zunächst die Frage: was geschieht mit den in Folge der Ausübung des Ortsklubes eventuell eintretenden Opfern oder deren Hinterbliebenen. Eine diesbezügliche Klärung und Regelung ist baldigst zu erstreben. An der Arbeiterkassette legt es nun, sich bereitwillig an der Bildung und Ausgestaltung des Ortsklubes zu beteiligen, damit er nicht ein Instrument wird, wie die bisherigen Einwohnerwehren. Von einer Verfügung über die Abhaltung von nichtöffentlichen Tanzergütigen von Vereinen nahm man Kenntnis. Zu dem in diesem Jahre vorzunehmenden Wegebau war um eine entsprechende Wegebauteilnahme nachgedacht worden. Die Amtshauptmannschaft Grimma teilte mit, daß sie nicht in der Lage sei, auf Grund der wenigen zur Verfügung stehenden Mittel einen höheren Betrag beizustellen. Ein Teil des Wegebaues muß aus diesem Grunde zurückgestellt werden. Ein Nachtrag zum Statut über Ruhegehalt der Hebammen wurde angenommen. Zum Beitritt des Landesverbandes des Hebammenbezirk der Hebammen konnte man sich nicht entschließen. Hierzu sollen die zum Hebammenbezirk gehörenden Gemeinden noch gehört werden.

Eigenartig mußt es an, daß, nachdem die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen ortsgemäß festgelegt ist, man so ungentert hingeht und die Öffentlichkeit ohne Widerspruch unserer Parteigenossen im Gemeinderat ausschalten kann. Will man sich allmählich ins „traute Kämmerlein“ zurückziehen? Die Tätigkeit einiger Genossen im Gemeinderat scheint ins Rätselhafte überzugehen. Die Einigkeit und Geschlossenheit darf auf keinem Fall in Gefahr geraten.

Schledzig. Am Montag, dem 21. Juni, fand eine Stadtv. verordneten Sitzung statt. Aus der 19 Punkte umfassende Tagesordnung seien nur die wichtigsten hervorgehoben. Die Firma H. M. Weber, Wehlig, leistete vor dem Kriege für die Benutzung der städtischen Straßen mit ihrem großen Fuhrpark einen jährlichen Beitrag von 700 Mark zur Instandhaltung der Straßen. Während des Krieges war diese Summe auf 500 Mark herabgesetzt worden. Nach dem Kriege hat sich die Firma zwei Lastautos zugelegt, worunter die Straßen sehr leiden. Durch Verhandlungen ist die Entschädigungssumme auf jährlich 3000 Mark bis zum Jahre 1924 festgelegt worden. Dem wurde zugestimmt. — Da durch die Einführung der neuen Steuererhebung die Städtgemeinde zurzeit ohne jegliche Einnahme ist, wurde beschlossen, zur Deckung der laufenden Ausgaben eine Anleihe von 200 000 Mark bei der Sparkasse aufzunehmen. — Das Honorar für Lehrpersonen im Nebenamt an der hiesigen Fortbildungsschule ist auf 4 Mk. pro Stunde festgelegt worden. Da sich nur ein Lehrer gefunden hat, der im Nebenamt an der Fortbildungsschule Unterricht erteilen will, soll der Frage der Anstellung eines dritten hauptamtlichen Fortbildungsschullehrers nähergetreten werden. — Dem Bademeister Heiling wurde für die Instandhaltung des Badesplatzes durch Ausbaggern 800 Mk. bewilligt. Er darf jedoch die zur Zeit geltenden Badespreise nicht erhöhen. — Der Abruch des alten Rathauses hat einen Erlös von 106 000 Mk. gebracht. Die Ausgaben an Arbeits- und Fuhrlohn betragen 35 000 Mk. Es ist ein Gewinn von 71 300 Mk. zu verzeichnen. Das gewonnene Material findet bei dem Bau des Gruppenwohnhouses und zur Herstellung von Notwohnungen Verwendung. — Außerordentlich bewilligt werden 10 000 Mk. zur Errichtung zweier Wohnungen in der Bürgermeisterei und einer im alten Schloßhause im Bahnhofshotel. — Der Antrag des Gewerkschaftsrates zur Gründung einer Ortswehr, begründet durch den Genossen Böhm, und ein Antrag des Magistrats, eine Beihilfe zu den Beerdigungskosten an die Hinterbliebenen der bei dem Kapu-Putsch gefallenen Personen zu gewähren, begründet durch den Genossen W. Behold, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Die bürgerlichen Vertreter erbaten durch den Mund des Rektors Müller eine amtliche Darstellung der Vorgänge im März, die aber nach Lage der Verhältnisse gar nicht gegeben werden konnte. Bei der folgenden tatsächlichen Darstellung seitens des Referenten wurde den bürgerlichen Herren nichts geschenkt. Sie werden es bereit haben, diese Frage nach mehr als einem Vierteljahr angeknüpft zu haben. Trotzdem wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen. — Der Antrag zur Bildung einer Ortswehr wurde einer gemischten Kommission überwiesen. Nach Ansicht der bürgerlichen Vertreter konnten die Anhänger der U. S. P., ebenso die Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei, bei der Bildung einer Ortswehr nicht in Frage, weil beide Parteien die Verfassung ablehnen. Eine Ortswehr ohne die U. S. P. in Schledzig ist undenkbar.

Gewerkschaftsbewegung.

Syndikalismus im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Der 12. Syndikalistenkongreß, der in der letzten Dezemberwoche 1919 in Berlin stattfand, hatte auf das Ruhrrevier große Hoffnungen gesetzt. Teils doch in Berlin ein Delegierter aus dem Ruhrrevier mit, daß in einem Jahre allein im Ruhrrevier 200 000 Bergarbeiter syndikalistisch organisiert werden. Auf dem französischen Kongreß hatte man sich einen neuen Namen zugedacht, um die Arbeiter zu täuschen. Jetzt nennt sich die syndikalistische Organisation: Freie Arbeiterunion Deutschlands. Genau so wie die bürgerlichen Parteien nach dem Kriege sich andere Namen zugelegt haben, um die Arbeiter zu täuschen, irreführen, nach demselben Schema arbeiten auch die Syndikalisten.

Die Betriebsrätewahlen im Ruhrrevier haben den Unionisten einen Erfolg gebracht. Diesen Erfolg dürfen aber die Syndikalisten nicht für sich buchen, da es im Ruhrrevier auch noch eine Bergarbeiterunion gibt und die wiederum für sich die Erfolge reklamiert. Die Erfolge bei den Betriebsrätewahlen für die Union waren nur deswegen möglich, da eine erhebliche Schar von Bergarbeitern aus Verzögerung über die Taktik der Bergarbeiterorganisationen selbständig auf den einzelnen Schachtanlagen Kandidaten aufstellten und wählten. Die von den Bergarbeiterorganisationen nicht offiziell aufgestellten und gewählten Betriebsräte haben die Unionisten alle für sich reklamiert, obwohl ein großer Teil der Betriebsräte frei organisiert war und heute noch ist, also weder der freien Arbeiterunion noch der Bergarbeiterunion angehört. Die Erfolge bei den Betriebsrätewahlen für die Unionisten haben den gefürchten Leiter des Syndikalismus in Deutschland, Herru Käter-Beckin, zu einer Agitationstour nach dem Ruhrrevier geführt.

Prevident veranlagt. Am Sonnabend, dem 19. Juni, sprach nun Herr Käfer in einer gutbesuchter Bergarbeiterversammlung in Bochum über: "Was will der Sozialismus?" Er entwickelte sich aber in seinem zweifelhafteu Respekt in Widersprüche und unklare Argumente in bezug auf Verneinung der Diktatur des Proletariats, der Politik gegen Zentralfusion, gegen Staatswesen und Schulwesen, daß es in der Diskussion den Genossen Dörfer und Hoffeld ein leichtes war, den ganzen Unfuss des Sozialismus den Zuhörern klarzulegen. Keiner der Bochumer Syndikalführer wagte Herrn Käfer Hilfe zu leisten, alles verlor sich. Trotzdem die Versammlung auf das Schlupfwort des Herrn Käfer neugierig wurde, was er wohl nach der Abrechnung der Diskussionszähler zu sagen vermochte, erklärte er auf einmal: er wäre während der Diskussion heiser geworden — machte eine unverständliche Bemerkung und lehrte sich hin. Er war froh, daß die Sache für ihn endlich ein Ende nahm.

Es kann noch festgestellt werden, daß nicht nur der Syndikalismus seinen Boden im Ruhrrevier hat, sondern auch in der Bergarbeiterunion sich eine Umwälzung vorbereitet. Die Feindesfront von allen Bergarbeiterverbänden zur Union übergetretenen Bergarbeiter kehren zurück. Ganze Filialen der Union sind im Begriff, geschlossen wieder zum Bergarbeiterverband zurückzukehren, da sie eingesehen haben, daß eine Zerspaltung unter der Arbeiterschaft in kleine, unfähige Organisationschen nur dem Proletariat allein schädlich ist.

R. V. D. — R. N. V. D. — Volkshaus.
Von der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Ortsgruppe Leipzig, erhalten wir nachstehende Zuschrift:
Werte Genossen!
Die Notiz "R. V. D. — R. N. V. D. — Volkshaus" in Nummer 113 Ihrer Zeitung vom 21. d. M. könnte den Anschein erwecken, als ob die Ortsgruppe Leipzig der kommunistischen Partei (Spartakusbund) Ihren Genossen empfohlen hätte, die Abführung des Beitrages zum Wiederaufbau des Volkshauses zu verweigern, der nach Beschluß ihrer Gewerkschaft zu zahlen ist. Das trifft nicht zu. Mitglieder der R. V. D., die aus irgend welchen Gründen die Zahlung dieses Beitrages ablehnen tun das als Mitglieder der Gewerkschaften, ebenso wie Angehörige anderer Parteien, die diese Zahlung verweigern, das als Gewerkschaftsmitglieder, nicht als Angehörige der U. S. V. oder S. V. D. zu verantworten haben. Wir ersuchen Sie, davon entsprechend Notiz zu nehmen.
Besiten Gruß!
Kommunistische Partei (Spartakusbund) Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig. J. A. E. Heimbürger.

Die Landarbeiterentlassungen.

Die Entlassungen von Landarbeitern durch die deutschnationalen Großgrundbesitzer, die nur als politische Maßnahmen zu erklären waren, haben längere Zeit den Gegenstand lebhafter Diskussion gebildet. Die deutschnationalen haben geglaubt, diese politischen Maßnahmen von Landarbeitern bestritten zu können. Sie werden nunmehr widerlegt durch die Antwort, die der Reichsarbeitsminister schriftlich auf eine der letzten Anfragen der Nationalversammlung erteilt hat, in der es heißt:

"Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Beschlüsse der Arbeiterorganisationen über die Entlassungen von Landarbeitern in Pommern an sich wohl berechtigt, wenn auch in einzelnen Fällen übertrieben sind. In 18 Kreisen sind etwa 1200 Entlassungen erfolgt, von denen in den mit vorgelegten Berichten 304 Fälle als zweifellos unbeschäftigt bezeichnet werden. In weiteren 330 Fällen kann die Berechtigung der Entlassung bezweifelt werden."

Obwohl der Reichsarbeitsminister diesen Bescheid als noch nicht endgültig bezeichnet, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien, muß also schon jetzt festgestellt werden, daß mehr als die Hälfte der Entlassungen zum mindesten in ihrer Berechtigung zweifelhaft sind. Damit dürfte zur Genüge der politische Charakter dieser Aktion bewiesen sein.

Tariffbewegung der Leipziger Rechtsanwaltsangestellten.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Am 24. Juni wurde die Tarifstreitfrage, nachdem die Verhandlungen mit dem Leipziger Anwaltsverein gescheitert waren, vor dem ordentlichen Schlichtungsausschuß verhandelt. Der letztere hat entschieden:

"Die Tarifforderungen sind allenthalben für die Zeit vom 1. Juli ab um 45 Prozent zu erhöhen. Bis zum 30. Juni haben die Parteien dem Schlichtungsausschuß zu erklären, ob sie sich dem Schlichtungsbeschlusse unterwerfen. Innerhalb weiterer zwei Wochen kann die Verbindlichkeitsklärung beantragt werden für den Fall, daß eine Partei den Schlichtungsbescheid nicht anerkennt."

Die weitere Stellungnahme der Organisationen wird der Kollegenchaft unverzüglich bekanntgegeben werden. Der Schlichtungsbescheid bleibt weit hinter der Forderung der Gehilfenschaft zurück. Es waren 76 Prozent gefordert worden. Nach dem Schlichtungsbeschlusse würden die in jeder Tarifgruppe möglichen Höchstsätze sich belaufen auf: Lehrlinge 100 M., Gehilfen Gruppe I 522 M., Gruppe II 825 M., Büreauvorsteher Gruppe IV 938 M., Stenotypistinnen Gruppe V 522 M.

Briefkasten der Redaktion.

P. G. Wohlis. Richten Sie ein entsprechendes Gesuch direkt an den Rat der Stadt. — 1 M. für die Parteikasse.
W. R. Möllner Straße. Wenden Sie sich persönlich an den Erwerbslosenauschuß. Richten Sie unter Vorlegung des Sachverhalts eine weitere Beschwerde an die Kreishauptmannschaft. Inserate kostenfrei einzurichten, ist unmöglich.

W. A. Lutherstraße. Wir können natürlich im Belegkasten keine langen Artikel über alle möglichen Fragen bringen. Auf die Fragen kurz folgendes: Steuerfrage: Der Abzug hat von der Kassenbeiträge zu erfolgen, eventuell muß Zahlung am 24. d. verlangt werden. 1. Dieser Artikel ist offensichtlich übertrieben. Lesen Sie den von uns veröffentlichten Bericht der britischen Arbeiterdelegation. 2. Wir haben nie die Presse selbst bekämpft. Wenn es sich um offenbaren Unfuss handelt, müssen wir uns dagegen wenden. 3. Das hat mit der Redaktion nichts zu tun, Aufnahme von Inseraten ist Sache der Geschäftsleitung. 4. Wir haben das Wahlrecht für Sie gefordert. 5. Wenden Sie sich an unsere Buchhandlung. 6. Ist uns nicht bekannt.

P. S. G. 1. und 2. Die Aufnahme der Zeitung kann nur mit Zustimmung des Mitteilungsamtes erfolgen. 3. Läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden, wenden Sie sich an das Wohnungsamt. 4. Das kommt auf die getroffenen Vereinbarungen an.

Eingelautene Schriften.

Von der Proletarier-Jugend, sozialistische Jugendzeitung, herausgegeben von der Zentralfstelle der sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands ist Nr. 12 soeben erschienen. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: Better Michels Vaterland, H. von Jallersleben. Der neue Kurs — das alte Lied von G. Engelbert Graf. Die Einheit der sozialistischen Jugend von Will Eberfeld. Jugend, Gedicht von Ludwig Kessel. Der junge Engels von Otto Jansen. Wanderungen im Waffertropfen von Walter Wagner. Vom Schwimmen von Dr. Thraenhart. Wie Jung von Erich Hermann Meyer. Preis der Einzelnummer 60 Pfg., erhältlich durch die Buchhandlung oder durch die Zentrale, Leipzig, Braunstraße 17.

A. Hertz Rohn. Unsere Wohnungsuntersuchungen im Jahre 1918. Im Auftrage des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

G. Hamburger. Zur Kohlennot und Rohstoffnot. Ihre Ursachen und ihre Überwindung. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 75. Preis 2 M.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1919.

Aktiva.		Passiva.	
Kasse, fremde Geldorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.	100 588 135,12	Aktienkapital	125 000 000,00
Beschl. u. unverzinst. Scheckanweisungen	496 687 921,95	Reservefonds I	40 000 000,00
Kontoguthaben bei Banken u. Bankfirm.	142 358 440,14	Reservefonds II	17 600 000,00
Lombards und Reports gegen börsennotierte Wertpapiere einl., Borschüsse gegen Deutsche Kriegsanleihe	78 506 302,41	Kreditoren	1 872 441 690,84
Borschüsse auf Waren und Warenverwertungen	22 180 489,80	Ursache und Speds. ausserdem: Real- und Bürgschaftsverbindlichkeiten	75 478 201,78
Eigene Wertpapiere	48 644 368,28	Beamten-Pensionsfonds	2 420 644,00
Konkordial- und Finanzgeschäfte	29 278 704,54	Aktien-Dividende, noch nicht erhoben	200 540,00
Laufende Beteiligung bei Banken	75 729 425,00	Gewinn- und Verlust-Konto	16 572 262,60
Postieren in laufender Rechnung	784 011 627,28	Reingewinn	16 572 262,60
Bankgebäude	10 504 000,00		
Immobilien, abzüglich Depotsiten	3 611 856,00		
Mobilien	1 000,00		
Pfandbrief-Abteilung, Aktiv-Saldo	1 791 121,88		
	1 649 718 339,00		1 649 718 339,00

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1919.

Soll.		Haben.	
Ursachen und Staatsausfuhr	7 733 970,00	Ueberschuß vom vorigen Rechnungsjahr	432 998,44
Wohlstandsunterschied	22 818 748,12	Zinsen in laufender Rechnung, sowie von Wechseln	33 328 776,20
Abreibung auf Bankgebäude	617 698,05	Zinsen und Gewinn auf Wertpapieren	1 489 835,00
Reingewinn des 64. Rechnungsjahres	16 572 262,60	Provisionen	12 283 667,70
	47 637 970,03	Ueberschuß der Pfandbrief-Abteilung	104 702,69
			47 637 970,03

Zentral-Verband Proletarischer Freidenker

Ortsgruppe Leipzig — Geschäftsstelle: Sebastian-Bach-Str. 32, I.

Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 6 Uhr in sämtlichen Räumen des Sanssouci, Eiferstr.

Sommernachtsball

mit Konzert, großem Damenreigen, plastischen Darstellungen und Reulenschwingen.

Mitwirkende: Arbeiter-Bandoneon-Orchester „Fortschritt“ und Arbeiter-Turn-Verein „Eiche“, Leipzig.

Die Aufführungen erfolgen während der Tanzpausen Programme, welche zum Eintritt berechtigen, an den bekannten Stellen Einlaß nachm. 5 Uhr. und an der Abendkasse. Eintritt 1.10 M.

Bahrschein Besuch erwartet Der Vorstand.

Gastwirte, Wiederverkäufer usw. Trotz der Steuer offeriere ich **Qualitätszigarren** zum Preise von **100. — bis 1400. —** Ein Versuch führt zu dauernd. Abnahme. **Richard Becher, Riebeckstr. 48.**

Franz Bornemann, Offenbacher Str. 30 empf. sich z. Umlegen u. Reinigen v. Berliner Defen usw. sowie Ausführung all. Reparaturen zu ermäßigten Preisen

Inzerate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition d. Zeits. Volkswelt zu richten.

Prima kondens. gestärkte Milch
à Dose 8.90 Mark
alkoholfreie, garantiert reine

Nierenjeff
à Pfund 18.50 Mark
verkauft **Martius**
Bayerische Str. 83, III.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Keller, Peterßen, Dr. Schön.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Die am 24. Juni d. J. stattgefundenen 64. ordentlichen Generalversammlung unseres Instituts hat den Gewinnanteil der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1919 auf 9% festgesetzt. Es gelangen daher die Gewinnanteilscheine:

Nr. 63 unterer Aktien zu 300. — mit 27. — für das Stück
Nr. 2 " " " " 1000. — mit 90. — für das Stück
Nr. 28 " " " " 1200. — mit 108. — für das Stück

vom 25. Juni d. J. ab zur Einlösung bei uns in Leipzig oder einer unserer Niederlassungen, ferner bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, Bielefeld, Bremen, Essen, Halle, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, München, Stettin, Stuttgart.

der Sächsischen Diskonto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg, dem A. Schaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, Crefeld, Düsseldorf und Witten.

der Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp A.-G. in Weimarn, der Bayerischen Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G. in Nürnberg, der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München.

Leipzig, den 24. Juni 1920.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Keller, Peterßen, Dr. Schön, Weibel, Grimm.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21, Telefon 3428.
Geschäft von 9—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 28, S. II., Tel. 917, geöffnet 8—4, Sonnabends 8—3 Uhr.

Geschirrführer und Arbeiter in den Speditions-, Kohlen- u. Transportbetrieben

Donnerstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr

Große Versammlung

im Pantheon, Dresden Straße.

Tagesordnung: Bericht über die in Dresden stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zwecks Erneuerung des Lohnarrestes. Referent: Kollege Döhler. — Anschließend Diskussion hierzu.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist dringend nötig.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Sonnabend, den 26. Juni, findet im „Eldorado“, Pfaffenfurter Straße, abends 8 Uhr, eine

Wichtige Sitzung der Vertrauensmänner

obiger Betriebe statt. Es ist Pflicht aller Vertrauensmänner, zu dieser Sitzung pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist vorzusetzen. Die Sektionsleitung.

Familien-Nachrichten

Ortsverein Miltitz.
Am 22. Juni verstarb unser wertiger Parteigenosse
Bruno Grünert.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 22. ds. Mts. verschied unser langjähriger Kollege, der Tabakarbeiter
Friedrich Hoppe
aus L.-Connewitz. Sein höchstes und gänzlich hilfloses Leben schert ihm bei seinen Mitarbeitern ein dauerndes und ehrendes Andenken.
Das Gesamtpersonal der Firma Apol & Brunner.

Am 22. Juni 1920 starb unser Parteiveteran
Friedrich Hoppe
im Alter von 71 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein L.-Connewitz
U. S. P. D.

Arbeiter-Sängerbund Leipzig.

Schmerz erfüllt zeigen wir der Arbeiter-Sängerschaft an, daß der Komponist unserer Freiheitshymne
G. Ad. Uthmann
in Barmen im vollendeten 68. Lebensjahre verchieden ist.
In seinen Liebern wird er uns fortleben.
J. A.: Otto Schmidt, Bundesvorsitzender.
Paul Michael, Bundesdirigent.

August Richter
Frieda Richter
geb. Rade
Gernhüte
L.-Wolff, Bäckstr. 86 B.
28. Juni 1920.

Madewitz
Windmühlen-
Kraße 33, I.
neben Wlora
Tel. 15476

Ferren- und Damen-Garderobe
Herr?
Mittw. Sacken, Wälder.

Der Prophet.

Von Konrad Voelt.

„Das Kopfrechnen macht mir Beschwerden, sagte er sich und so sah er Mut und Iten den Schloßberg hinunter in das Städtchen, das am Fuße des Berges lag, um sich Papier zu kaufen. Es hatte geregnet, eine Menge kleiner Kröten hüpfte auf dem Wege, und er lödete ihrer an dreißig mit den Spänen seiner beiden Stöcke. Desgleichen vernichtete er einen glänzenden Feuerfalandauner, der ihm ein längerer Drache zu sein schien. Fern hätte er noch größere Taten ausgetrieben; immerhin erheiterte ihn dieser Zeitvertreib und er gewann daraus Kraft zum Rückweg. Allerdings war der Wiederaufstieg nicht leicht; es rasselte verächtlich in seiner Lunge, er schnappte wie ein Fisch nach Luft, Schweiß lief von seiner Stirn; aber von Ruhebank zu Ruhebank kam er weiter, mit der auf der Brust eingeknüpften Papierrolle von Zeit zu Zeit wie mit einem Fiedelherrnstab spielend, und endlich stand er unter dem verwitterten Rund des Schloßhofes.

„Siehe, da kommt unser zweifelhafte vierbeiniger Reichstropfen von der Reife zurück!“ begrüßte ihn strengen Blickes der Sanitätsunteroffizier, der unwillig war, weil ihn Vogt nicht um Erlaubnis zum Weggang gefragt hatte. „Sie laufen wie ein Wiesel! Da kommen Sie am nächsten Sonntag auch mit zum Gottesdienst unten in der Stadt.“

„Ach, was bin ich neugierig auf die Pastorenrede! Die Sündenabwetzlanone muß herhaft böllern,“ dachte Vogt erwartungsvoll, als er tatsächlich zum Kirchengang antrat. Aber die hochgeputzte Reugier betrog ihn; denn der Pfarrer hat Gott um Trieben.

„Dieser Mensch da oben auf der Kanzel ist wahrhaftig. Freilich ist er kein Feldprediger, aber zum Teufel, er redet doch vor Soldaten. Er schwört eine Honigrede, dieser erhörliche Trauerpfaffe. Hier liegt ein Geheimnis verborgen. Weßhalb bin ich den Feinden in die Hände gefallen und soll verdorben und telegsunflüchtig gemacht werden.“

Auf seinem Zimmer grillte er lange über die verdächtige Treiblichkeit, die ihn überall umgab. Seine Rechnungen, die er auf dem Papier angeheftet hatte, befreitigten ihn nicht mehr, weil er keine genauen Unterlagen hatte, und er benutzte die schönen, weißen Bögen, um alle Insekten, deren er am Fenster haushaft werden konnte, mit Kradn darauf anzusehen. Ganz allerlei war es auf die schwarzen, gelbunterlegten Silbermündchen, die am Balkenwerk des Turmes hängen, und die ihm mit ihren biden Köpfen, mit ihren metallischen Schnurrärten und ihrem glatten Panzer wie kleine Mardertruppen vorliefen. Gleichwohl wurde er nicht ganz frohlich. Sein einmal gewedter mathematischer Sinn machte ihn beinahe hoffnungslos. „Was wient denn ein solches Insekt?“ fragte er sich. „Wahrscheinlich geht ein halbes Duzend aufs Gramm; 800 000 auf den Zentner. Ich habe noch kein Viertelpund Leben gezeit. Wenn es Elefanten wären! Ach, ich lauge nichts mehr. Ich bin unwürdig, die Uniform zu tragen.“

Im Schilde besah sich eine kleine, abgenähte Schutzbluthe, die den Schritten zur Verfügung gestellt worden war. Vogt holte sich einen Arm voll Bücher, weil er glaubte, in ihnen Aufklärung über seine inneren Zweifel zu finden. Er las die störende Wechsellänge eines Knoten, der eine Kante mit einem Stein geworden und darüber Selbstmordgedanken bekommen hatte. „Ganz recht,“ überlegte er sich. „Er hätte die Kante lösen müssen.“ Aber über eine andre Geschichte freuten sich seine Haare. „Man soll also gar nicht töten? Hier stimmt etwas nicht. Diese Bücher sind gefährlich.“ Er atmete auf, als er in einem Lebrbuch der römischen Geschichte die schlüssigen Zahlen der in den Schlachten Gefallenen las. Endlich fand er ein paar Feste einer mit schönen Bildern geschmückten Chronik des Westkrieges, und da vernahm er sich fast wohl. Aber es war immer noch ein Zweifelhaft in ihm; besonders da ihm einige Abersprüche aus seiner Kindheit ins Gedächtnis zurückkamen.

„Krankheit! Mein Kopf ist noch wirr. Die Gedanken tanzen mir, aber auf dem Papier halten sie still. Ich muß mir selber einen Katesismus anfertigen. Und er schrieb langsam, angegrängt nachdenkend und vor Blutiger strohend seine Weltweisheit nieder:

- „Die Menschen sind dazu da, einander zu töten.
- Dies geschieht im Kriege.
- Die Staaten sind dazu da, Kriege zu führen.
- Kriege sind die Hochzeitsfeier der Menschheit.
- Der vereinzeltet Volkstag ist allerdings freudvoll, weil hierdurch der Mensch dem Kriegsmassentod entzogen wird.
- Die frommen und friedlichen Sordliche sind eine Verpachtung für das verdröckliche Kriegsgut, damit nicht vor der Zeit etwas entzwei geht.
- Der Meßlertötet ist heilig.“

Seine Thesen schienen ihm unansprechbar, und er verbarg den Bittel behusam im Brustbeutel. Dabei kamen ihm allerlei naheliegende Gedanken. „Endlich ist mir ein Licht ausgegangen. Selbstverständlich habe ich hier nichts Neues entdeckt. Diese Grundbegriffe der Moral sind ohne Zweifel den Eingeweihten schon lange geläufig, sie müssen aber dem gemeinen Volke aus durchsichtigen Gründen verheimlicht werden. Es muß einen Geheimbund geben, der ausschließlich über seine Paragrafen wacht und im Volke das Gegenteil aus durchtriebener Schlaubeit verbreitet. Die großen Fiesherren und Staatsmänner gehören diesem Orden an, es ist aber gewiß möglich, durch besondere Taten in diesen Bund aufgenommen zu werden. Ich war bis jetzt ein ganz gewöhnliches Rindvieh, jetzt aber lauge ich an, klar zu leben. Die Mittelglieder müssen sich irgendwie einander kenntlich machen; ja ich habe es, das Eiserne Kreuz erster Klasse ist das Vereinsabzeichen. Jetzt begreife ich auch, warum ich nicht einmal Unteroffizier geworden bin. Ich hatte noch keine Verdienste. Wieviel werde ich denn im Kriege getötet haben? Höchstens drei oder vier. Ich muß mich also bemühen, die Vorarbeiten zu bewältigen. Sowie! steht fest: man muß gerade die zu töten versuchen, die einem am wenigsten getan haben, wie es im Kriege geschieht. Noch höher, am allerhöchsten auf der Stufenleiter des Erstrebenswerten, muß die Tötung dazwischen stehen, die sich um unser Wohl bemühen. Denn diese Verfosken am meisten gegen die Ordensmoral. Ich muß also dem Pfarrer oder dem Arzt zufliehen gehen.“

Der Arzt erschien ihm für keine Zwecke am geeignetsten, und er betrachtete ihn einflüsternd mit Wohlwollen. Aber Kräfte gehörten zu der großen Tat. Vogt begann Leibübungen, die ihm täglich besser gelangen. Selbst das Schätlein seines Kopfes wurde laugamer.

„So gefallen Sie mir! Sie können wieder gerade dienstfähig werden,“ sagte der Arzt beifällig.

„Man tut, was man kann,“ grinste der Nordmoralaspirant mit einem sterilen Blick auf sein Opfer.

An das Turmzimmer war ein kleiner Erker angebaut, weßhin sichtbar, nunmehr aber seinem eigentlichen Zwecke entfremdet. In diesem Erker, der durch eine Türe gegen das Zimmer abgeschlossen war, besah sich ein nach unten gerichtetes, jetzt mit einem Brett verdecktes Loch, durch das einmala die dem Treppensiegen abholden Burgherren ihre natürlichsten Bedürfnisse verrichtet hatten. Vogt beifällig diese bereits etwas baufällige Baquemlichkeit; sie schien ihm recht zufließen zu kommen. „Nicht

libell!“ sprach er zu sich und arbeitete verschmigt, indem er sein Zimmer von innen abschloß, bis er den moischen Holzboden des Erkers genüglich gelodert hatte.

Sehr oft schaute er bei der Herrichtung seiner Halle durch das Loch wie durch ein Fernrohr. „Das sind zwanzig Meter bis unten auf die Steine. Das muß klappen.“ Die feineren Dazugehörigkeiten, wie er etwa den wohlbeleibten Arzt zum Eintritt und zur Benützung seines Abszurgapparates bewegen könnte, machten ihm einflüsternd keine Sorge. (Fortsetzung folgt.)

Aufgaben der Naturheilvereine.

Von Dr. Popik.

II.

Was hat aber das Wachstum der Naturheilvereine wesentlich gefördert? Die Fortschritte der Erkenntnis auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, wie sie seit dem vorigen Jahrhundert einsetzten, blieben nicht ohne Einwirkung auf die Stellung der Ärzte zu den Krankheiten. Hatte bis dahin die Heilbemühung des Arztes, im großen und ganzen tastend und die einzelnen Erfahrungen benützend, sich bei der Beschäftigung mit dem Zusammenhänge und den Bedingungen der Heilvorgänge nur an die Lehrsätze der Ärzte längst vergangener Jahrhunderte, ich erinnere an Hippokrates, Galenus und vielleicht auch Paracelsus, gehalten, so brachten die Erkenntnismittel des neunzehnten Jahrhunderts hier neue Bahnen der gedanklichen Arbeit mit sich. Die Physik und Chemie und vor allen Dingen die Erforschung der Lebensvorgänge stellte den Menschen, den gesunden wie den kranken, in ein neues Feld der Untersuchungsmöglichkeiten. Neue Zusammenhänge lernte der Arzt kennen, der den Menschen nicht mehr nur als ein einheitliches Ganzes betrachtete, dessen größere Teile seine Aufmerksamkeit allein verlangten. Sondern bis in die kleinsten Bausteine des großen Organismus drang er mit seinem Suchen nach Erkenntnis ein. Aber dieses Suchen führte ihn auf einen Weg, der ihn gar leicht vergessen ließ, daß die ärztliche Kunst nicht nur darin bestehen dürfte, eine hervorragende Diagnose zu stellen, ein möglichst eingehendes Bild des krankhaft veränderten Zustandes zu gewinnen, sondern daß ihre Hauptaufgabe das Heilen des krankhaften Zustandes sei. Gewiß er machte dabei die Beobachtung, daß die Natur selbst eben durch die Lebensfähigkeit der kleinsten Bausteine des Körpers, der Zellen, auf die Heilung hinarbeitete, aber gerade aus der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, die Ursachen hierfür zu erkennen, folgte er die Unzulänglichkeit der Heilbestrebungen, die von ihm selbst angeregt werden konnten. Ein Zweifel an der Wirksamkeit der ärztlichen Mittel war die naturnotwendige Folge solcher Gedankeneinstellung. Der Arzt ließ der Natur ihren freien Lauf. Und hier konnten nun mit Erfolg die Naturheilbewegungen aus Latenzstellen einsehen, die aber ganz andre Voraussetzungen hatten als der ärztliche Naturalismus. Denn beim Arzte war die Rückkehr zur Naturheilung bedingt durch die fortschreitende Erkenntnis, mit der die Heilmöglichkeiten nicht gleichen Schritt hielten, die Lebensbewegungen knüpften an alte Anschauungen an und blieben unberührt von dem fortschreitenden Wissen. Nur dem Chirurgen brachte die neue Erkenntnis alsbald ein reicheres Feld der Betätigung, wie ja die Chirurgie von jeher der bevorzugteste Teil der Heilbehandlung gewesen war. Aber gerade das stärkere Hervortreten des schmelzenden Operateurs härkte die Naturheilbewegung der Zeiten, die mit der Messerschere der Massen zu rechnen mußte. Vereine für operationslose Heilweise waren die Stimmenscheidungen einer großen Zahl von Naturheilvereinen, deren leitender Gedanke zunächst nur die Ablehnung des chirurgischen Eingriffes war. Bald führte diese Ablehnung aber auch zur Ablehnung aller Heileingriffe, die von ärztlicher Seite erfolgten. Dabei stützten sich die Naturheilvereine auf Ausprüche von hervorragenden Ärzten, deren Wirken gerade in die Zeit fiel, in der die Heilhoffnungen der Ärzteschaft darniederlagen. Auch diese Autoritäten unterlagen dem Einflusse ihrer Zeilepöche. Das medizinische Wissen hatte umfängliche Verelierung erfahren, unter dem Drucke des Verantwortungsbewußtseißes dazugewandten schlen das ärztliche Können verarmt. Das blieb aber nicht so. Und hier begann nun eine Entwicklung der Heilmöglichkeiten, bei denen der Kall nicht zu folgen imstande war. Die Feinheiten des Lebensprozesses blieben nicht mehr nur philosophische Redereien, sondern wurden zu beobachtbaren Wirklichkeiten, und die Chemie und Physiologie wiesen die Wege, auf denen es erreichbar wurde, auf diese Feinheiten Einfluss zu gewinnen. Die biologische Betrachtungsweise erschloß neue Heilwege.

Freilich hatte der Widerstand gegen das neu erwachende handelnde Eingreifen des Arztes eine billige Begründung bei der Hand. Mit „Giften“ arbeitete die neue Heilweise. Wo aber die biologische Grenze zwischen „Gift“ und Heilwirkung lag, das entzog sich dem Verständnis des Laien, der nicht zu falschen vermochte, daß, was es ganz allgemein zu umschreiben, der Begriff „Gift“ im Wesentlichen in der Quantität zu suchen war, daß letzten Endes der ganze Lebensvorgang an den Zellen nichts weiter darstellte als eine Kette von Vergiftungen und Entgiftungen, die in den Formen des Zelllebens wirksam wurden. Jeder lebensnotwendige Reiz kann zum Gifte werden, die Wärme, das Sonnenlicht, die Luft, das Wasser, die harmloseste und notwendigste Nahrung. Am bedeutungsvollsten wurden die Forschungsergebnisse auf biologischen Gebiete aber für die Infektionskrankheiten, die ihre Entstehung den kleinsten Lebewesen verdanken, die auf Kosten des Körpers scharotzen. Hier lehrte mit der Erkenntnis der Übertragung- und Entwicklungsbedingungen auch die Bekämpfungsmöglichkeit ein dadurch, daß man die Selbstheilungsvorgänge des Körpers im Zellleben unterziehen lernte, indem man die schweblichen Bakteriengehalt durch ihre eigene Tätigkeit zwangs, sich unschädlich zu machen. Für diese Lebensvorgänge mangelt aber dem Laien vorläufig noch das Verständnis, und so schloß er sich ab gegen das neue Wissen. Er begnügt sich mit dem Glauben an frühere Vorstellungen vom Lebensvorgang, die in ihrer bildlich erfahrbaren Form ihm leichter zugänglich sind, seinem Denken und Fühlen entgegenkommen. Vor allen Dingen aber hat er den Vorteil für sich, daß er sich nur um die einzelnen Erscheinungen zu kümmern braucht, ohne die Verantwortlichkeit zu übernehmen, dem wahren Zusammenhang der Bedingungen für ihr Auftreten nachzuspüren. Ihm genügt es festzustellen, daß hier ein Schmerz, da eine Schwellung, dort eine Entzündung der Haut usw. vorliegt, und ebenso genügt ihm die Heilwirkung, wenn diese „Symptome“ verschwinden. Wie wo und wann andre Symptome auftreten, die mit der noch weiter bestehenden krankhaften Veränderung des Körpers in Verbindung zu bringen sind, beunruhigt ihn nicht. Treten neue Erscheinungen auf, so ist das eben eine neue, eine andre Erkrankung.

Das ist nun aber die Gefahr für die Volksgesundheit. Denn die beängstigendsten Volksleiden sind es gerade, die das bunteste Bild und die reichhaltigste Kette von Erscheinungen darbieten. Während alle äußeren Anzeichen verschwinden sind, haufen die Krankheitskeime im Innern des Körpers unverändert weiter und bewahren ihre Übertragbarkeit, so daß selbst in den Zeiten größter Ruhe die Krankheitserreger die Infektion herbeiführen können. Der Fortschritt in der Erkenntnis der Krankheiten beruht darauf, daß der gesunde Arzt nicht erst die äußeren Kennzeichen braucht, um auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu werden. Und gerade daran glaubt die Masse der Menschen nicht. Ihr ist langsam der kritischerende Standpunkt anergezogen worden. Sie verlangt, daß sie selbst prüfen könne, und doch nur das Müßig-

keit habe, was ihrer Prüfung zugänglich ist und vor ihr Stand hält. Zum Sachwalter dieses Massenstandpunktes machten sich die Naturheilvereine. Und von diesem Standpunkte aus mit der leidigen Beigabe des Besserwiltens bekämpfen sie die Schulmedizin. Sie glauben, daß die naturgemäße Heilweise sich beschränken könnte auf die vier alten Elemente Wasser, Feuer, Luft und Erde, eine Einstellung auf die Lehre älterer Schulen. Ihre „Naturheilweise“ ist nur eine veraltete, überwundene Schulmedizin. Nicht überwunden in dem Sinne, daß sie ins alte Eisen geworfen wäre, sondern nur insoweit, als sie von neuerlichen Forschungsergebnissen angetert und befruchtet soweit ausgebaut ist, daß mit der neuen, um viele Hilfsmittel bereicherten Methode nicht mehr die Krankheit, sondern der kranke Mensch behandelt werden kann, daß das Schema vor der Individualisierung weichen mußte.

Daraus ergeben sich aber neue Richtlinien für die Arbeit der Naturevereinigungen, die durchaus als Mitarbeit an der Gesundheitsaufklärung des Volkstörpers erstrebt und gefördert werden muß. Verzicht leisten darf die Masse von doctherelt auf ein Eingringen in das willige Verständnis der Lebensvorgänge des gesunden und kranken Körpers. Die Arbeitstellung mit ihrer immer stärker umhriebenen Sonderleistung der einzelnen Zweige menschlicher Kulturaktivität verlangt für jeden Zweig die volle Arbeitskraft. Aber die bei der organischen Zusammengehörigkeit der Sondersgebiete heranzureisenden Gesichtspunkte von allgemeiner Bedeutung müssen sich die Vereine zum eigenen Besitze machen. Deshalb soll ihr Name auslauten: Vereine für gesundheitsgemäße Lebensweise. Den Anspruch auf die Fähigkeit, heilen zu können, erhebt nicht einmal der neuzustellend geschnitte Arzt, wieviel weniger ist dazu der ungeheulte Laie berechtigt. Aber die Aufgabe verbleibt, erzieherisch auf die Massen einzuwirken, daß sie den wissenschaftlich wohl begründeten Anweisungen für die Einrichtung ihrer Lebensweise in Körperpflege, Wohnung, Kleidung, Ernährung, Arbeit, Ruhe und Erholung Folge leisten, nicht nur Blindlings, sondern in der Ueberzeugung, daß so das Interesse ihrer Gesundheit am besten und sichersten gewahrt werde. Dazu kann aber nicht die Auffklärungsarbeit von Menschen führen, die selbst nicht aufgeklärt sind, die dem Wesen der Frage der Gesundheitsführung fernstehen und nur in den äußeren Erscheinungsformen mehr oder weniger zu Hause sind. Es muß zugegeben werden, daß hier auch eine Reihe von Gefühlsfragen mit hiein zu ziehen, aber gefühlsmäßig ausgebildete Theorien sind für das kostbare Gut der Gesundheit gefährlich, besonders wenn sie durch bessere Einsichten ersetzt werden können. Die Gefühlswerte an der Herrschaft zu besellen, ist eine falsche Einstellimg. Sie sind gewiß nicht mehr persönlicher Art als die Erkenntnissätze, aber ohne die letzteren sind sie wesentlich wertlos.

Der Kampf gegen die „Schulmedizin“ ist physiologisch zu verstehen, aber im Interesse der Volksgesundheit nicht gutzuheißen. Der Standpunkt, daß das Wissensgut des Arztes als Ware einzuschätzen und zu behandeln sei, daß man darin ein stillk Kapitalismus zu sehen habe, wie das von einer ganzen Reihe von Naturheilvereinen gelehrt wird, ist durchaus irrtümlich. Die Uebertragung des Wissens und Könnens in das wirkliche Leben steht zweifellos unter dem Einflusse der jeweiligen Gesellschaftsordnung, aber das Wissen selbst, die unerschöpflichen Reichtümer jahrausendalter Kulturarbeit der Menschen haben trotz wechselnder Gesellschaftsordnungen nicht an Wert eingebüßt, ob sie aus indischer, babylonischer, aegyptischer, griechischer, römischer oder sonst welcher Kulturperiode stammen.

Darum darf auch nicht der Kampf gegen die Ärzte als Vertreter vorwärtsbringender Erkenntnis die Aufgabe der Vereine für gesundheitsgemäße Lebensweise sein, sondern die regere, verständnisvolle, selbstbemühte Mitarbeit auf dem großen gesellschaftlich wichtigen Teilgebiete der sozialen Hygiene. Hier gibt es Kämpfe genug auszuführen, in denen Ärzte und Laien miteinander um Segen der Gesellschaft, um Ruhm der Volksgesundheit ihren Mann stellen können. Im Vordergrund muß das Wohl der Gesamtheit stehen ohne Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteresse der einzelnen Persönlichkeiten, denen berechtigzte Zielbestrebungen der Massen nicht als Vorpaam und billige Kalkane dienen dürfen. In diesem Sinne sind ja auch die Leistungen der Naturheilvereine auf sozialhygienischem Gebiete hoch anzuschlagen; die Errichtung von Volksschulern, Luftbädern, Sportveranstaltungen, Wanderungen und Spiele der Kinder und Erwachsenen usw. Den Weg gilt es weiterzuerfolgen, damit aus den Vereinsbewegungen der höchste Nutzen für das Volk erziele.

Kleine Chronik.

Die Offenbacher Schreiber. Im kleinen Kasaal des Deutschen Buchgewerbes in der Doltstraße befindet sich für kurze Zeit eine Ausstellung, die verdient, besonders erwähnt zu werden. Rudolf Koch und seine Schüler, die sich kurz die „Offenbacher Schreiber“ nennen, sind mit einer Auswahl ihrer handgeschriebenen Bücher, Bandsprüche, Ehrenurkunden usw. vertreten. Rudolf Koch ist kein Unbekannter. Ja, man kann sagen, Rudolf Koch hat es verstanden, das gesamte deutsche Schrifttum so stark zu beeinflussen, wie kaum ein anderer deutscher Künstler. Seine bei Klingspor in Offenbach am Main geschnittenen deutschen Schriften zeichnen sich nicht nur durch große Klarheit und leichte Lesbarkeit aus, sondern auch durch einen hohen künstlerischen Reiz. Doch was Rudolf Koch eigentllich vorlühwört und was das letzte Ziel seines Strebens ist, das erkennt man am besten und klarsten in seiner Ausstellung. Nämlich nichts geringeres, als der Schrift eine Seele zu geben! „Das Wort des Dichters in unmittelbaren Zusammenklang mit der Schrift zu bringen. In dem kleinen, annuthigen Katalog, den Koch seiner Ausstellung mitteilt, sagt er selber: „Der Schreiber ist ein Dichter. Sein Herr ist der Dichter, oder die Dichtung. Er hat seinem Text zu einer schönen, klaren, hingemäßen Form zu verhelfen.“ Wir sehen also, es ist nichts anders, als was die alten Schreiber aus dem 17. bis zur 19. Jahrhundert meisterhaft verstanden: den geistigen Inhalt des Wortes in der Schrift wiederzugeben. Am vorzrefflichsten ist dies Koch wohl in seinem Wessobrunner Gebet gelungen. In einer Großartigkeit frohlockt da die Schrift, die mit leuchtenden Farben illuminiert ist, in den letzten Zeilen auf, daß man glaubt, irgendein alter Mönch habe es in Verzückung geschrieben. Aber auch alle die anderen Arbeiten von Koch und seinen Schülern sind recht gute Beispiele dieser künstlerischen Arbeit. — Die Ausstellung, die bis Ende Juli dauern soll, ist an Wochentagen von 10—4 Uhr und Sonntags von 11—1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Der Besuch ist besonders unsern heimischen Graphikern, Schriftsehern, sowie allen schätzenden Besuchern empfohlen.

Städtische Theater. Dr. Ralph Meyner, der bisherige erste Solorepitor der Leipziger Oper, wurde als 1. Kapellmeister für das Reichliche Landesbheater in Gera verpflichtet. Die von ihm nachgeschulte vorzeitige Lösung seines Vertrages wurde ihm von der Intendanz genehmigt.

Volkstheater. Von Mitgliedern der Volkstheater wurden an auswärtige Bühnen verpflichtet: Lea Steuermann-Bierel und Herbert Dismoser an das Sächsische Landes-Theater zu Dresden, Friedrich Neubauer an das Nürnberg Stadttheater, Stephan Dahlen an das Stadttheater zu Kiel.

Leipziger Puppenspiel. Weßplatz, Hauptrestaurant. Herr Professor Kollmann jurisch am Freitag, abends 8 Uhr einige erklärende Worte über die Bedeutung des Puppenspiels.

W. G.

10. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

München, 20. Juni 1920.

Siebenter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sonntagsverhandlungen durch den Vorsitzenden berichtet Effler-Berlin (Verbandsvorstand) zu den Anträgen der von den Gewerkschaften betroffenen Mitglieder. Es liegen Anträge aus Nordhessen vor, die gemeinlich die Erhaltung der Invalidenversicherung im Verbandsvertrag zur Grundlage haben.

Fischer-Kiel tritt für die gestellten Anträge ein und gibt Kenntnis von den Verhandlungen mit dem deutschen Buchdrucker-Verbande.

Kreuzer-Saarbrücken schildert die Missverständnisse der kapitalistischen Internationalen im Saarrevier. Für nichtangestellte Personen bestehe Redeverbot. Die Kollegenschaft im Saarrevier hoffe auf ein weiteres gutes Zusammenarbeiten mit dem deutschen Verbande.

Wagner-Bosen führt aus, daß in den polnisch besetzten Gebieten die Existenzmöglichkeit für die deutschen Kollegen immer schwieriger werde. Es bleibe nichts anderes übrig, als die deutschen Kollegen in einer besonderen Organisation zusammenzuschließen. Die Vorarbeiten dazu seien bereits getroffen. Redner bittet, daß die Kollegen im besetzten Gebiet ihre Rechte im R. d. B. erhalten können.

David-Danzig geht auf die Zustände im neugegründeten Freistaat Danzig ein.

Hof-Karlsruhe wünscht eine logische Regelung der Abtrennungsfrage und verweist auf die jetzige Lage in Elbahl-Lothringen.

Reiser-Königsberg, als Vertreter des Gauces Ostpreußen, verliere schon jetzt 80 Kollegen jenseits der Memel. Doch seien diese Kollegen noch Verbandsmitglieder und wünschten es zu bleiben. Die Lage dort oben sei durchaus noch nicht klar.

Mai-Rattowicz überbringt den Wunsch der ostpreussischen Kollegenschaft, auch weiterhin im deutschen Verbandsverband zu bleiben.

Graven-Nachen: In der Arbeiterkammer sei zunächst der Beschaffung ruhiger Verhältnisse worden. Als jedoch die Lohn- und Gehaltsforderungen und unzähligen Verbote (Zuruf: Wie bei uns) gekommen seien, habe die Stimmung umgeschlagen. Die Kollegen im dem abgetrennten Gebiete wünschten ein ferneres Verbleiben im Verbande.

Seif-Berlin bemerkt, daß die Generalversammlung prinzipiell beschließen müsse, daß den durch Abtretung ins Ausland gekommenen Mitgliedern durch einen weiteren Wochenbeitrag von 50 Pf. die Invalidenunterstützung erhalten bleibe. Im übrigen werde der Verbandsvorstand bemüht sein, die Auseinandersetzungen in kollegialer Weise zu führen. In Polen werde sich kaum auf längere Zeit hinaus eine deutsche Gewerkschaft durchsetzen lassen. Es hänge dort noch alles in der Schwebe. Danzig werde einen eigenen Gau gründen müssen. Elbahl-Lothringen bleibe stark unter den Gegensätzen zwischen Deutschen und Franzosen, aus denen Ungelegenheiten entstanden seien, an denen beide Teile schuld trügen. Die Elbahl-Lothringer seien früher als ganze Organisation übergetreten und jetzt wieder als ganze Organisation ausgegliedert. Es habe eine kollegiale materielle Auseinandersetzung stattgefunden auch bezüglich der Invaliden.

Einige Vertreter aus den besetzten polnischen Gebieten schloß sich dem Wunsch an, die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Presse im besetzten Gebiete zu kämpfen hat und bitten, keine engbrüstigen Beschlüsse zu fassen. In wenigen Jahren würde der größte Teil der Kollegen in Deutschland sein.

Ein Antrag Rottke verlangt, daß der Präsident wieder zurückkehrenden Kollegen die alten Rechte gesichert bleiben.

Dem Verbandsvorstand wird Vollmacht erteilt, mit den abgetrennten Gebieten im Sinne der Aussprache zu verhandeln.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zum Punkt X der Tagesordnung berichtet Seif-Berlin über die vorliegenden Anträge. Zum Gewerkschaftstongreß sollten nur leitende Personen entsandt werden. Die möglichen politischen Arbeiterparteien und der Gewerkschaftsbund hätten sich für unsere Forderungen zum Ausbau der Sozialversicherung eingesetzt.

Böttcher-Leipzig legt in großen Zügen die grundsätzliche Stellung der Opposition zur Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dar. Der Gewerkschaftsbund betreibe durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine sozialistische, sondern reaktionäre Politik. Deshalb gehe er nicht den Vertrauen der revolutionären Arbeiterkassen. Redner geht auf die Anträge aus der Provinz über die Delegation zu den Gewerkschaftstongressen ein. Es sei weder alles proletarisch-demokratisches Recht noch auf den Gewerkschaftstongressen nur die Bureaupolitik der Opposition vertreten sei. Diese Vertretung sei nicht das wahre Spiegelbild der tatsächlichen Meinung der Mitglieder. Die Tagesordnung der Gewerkschaftstongresse müsse vorher in den Mitgliedschaften ausgiebig erörtert und dann auf Grund der Stellungnahme der Mitglieder die Urwahlen vorgenommen werden. Dann komme in den Delegierten der Wille der Kollegen zum Ausdruck. Der Gewerkschaftsbund wolle die ganze Arbeiterbewegung zu einer Masse der Gewerkschaften herabdrücken. Die Opposition werde den grundsätzlichen Kampf gegen die bisherige Politik des Gewerkschaftsbundes weiterführen. (Beifall.)

Rapp-Berlin geht auf die Schäden der Arbeitsgemeinschaft im graphischen Gewerbe ein und fordert die Urwahl für die Delegierten zum Gewerkschaftstongreß.

Seif-Berlin polemisiert gegen die Ausführungen Böttchers und bemerkt, daß gegenwärtig der Gewerkschaftsbund das Vertrauen eines großen Teils der Delegierten der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat. Die Zusammenführung der Gewerkschaftstongresse erfolge auf Grund eines demokratischen Wahlrechts. Jedes beliebige Mitglied sei gar nicht in der Lage, die auf den Gewerkschaftstongressen gemachten Erfahrungen zu verwerfen. Wegen des Ausbaues der gesamten Sozialversicherung sei vom Gewerkschaftsbunde alles getan.

Grasemann-Berlin (AGB.) spricht über die Zusammenlegung der Gewerkschaftstongresse und verteidigt die Haltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beim Rapp-Berlin habe der Gewerkschaftsbund ganz selbstständig die Wollkammer des Generalstreiks beschlossen. Die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes sei ein reich ausgestattetes Lagerhaus der Klassenkämpfe. Der Gewerkschaftsbund könne die Produktion nur leben, wenn er den inländischen und ausländischen Kapitalismus vor den Wagen der Produktionspolitik spanne. Mit dieser Politik bestände sich der Gewerkschaftsbund in guter Gesellschaft mit der kapitalistischen Wirtschaftstheorie. Die Zusammenlegung der Gewerkschaftstongresse müsse aus Personen erfolgen, die sachkundig und erfahren seien. Die Betriebsräte könnten kein selbständiges Gebilde sein und müßten im Kartellverhältnis zu den Gewerkschaften stehen. Die Betriebsräte könnten sich nur innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. In der Anwendung der Gewalt bestehe keine einheitliche Auffassung in der Arbeiterbewegung.

Von der Opposition sprachen noch Neufel-Gera, Rose-Berlin und Janda-Berlin, die an einzelnen Beispielen die Schwäche der Politik des Gewerkschaftsbundes nachweisen, und die Urwahl für die Delegierten zu den Gewerkschaftstongressen fordern.

Vicent-Hamburg macht zur Delegiertenwahl einen Vermittlungsvorschlag. Von Arbeitsinvaliden müsse man in den Gewerkschaften mehr Interesse entgegenbringen. Müller-Rosen bittet die Majorität der Opposition und wünscht die

Urwahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß. Graf-Düffeldorf vertritt den Antrag Düffeldorf auf Urwahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß. Den Provinzkollegen würde von den Gewerkschaftsführern vor der Opposition gaulich gemacht. Sauleid-Leipzig geht auf das Erwerbslosenfürsorgegesetz ein und weist auf die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes auf diesem Gebiete hin, die indirekt eine Stärkung des Kapitalismus bedeute. In der Hand des Erwerbslosengesetzes beslechte der Redner die Arbeiterfeindschaft des Ministers Schäfer.

München, 21. Juni 1920.

Achter Verhandlungstag.

Die Aussprache über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die Wahlen zum Gewerkschaftstongreß wird fortgesetzt. Schmidt-Berlin verweist auf die Aussagen Böttchers, der die rückständige Politik des Gewerkschaftsbundes kennzeichnet. Redner fordert für die Wahl zum Gewerkschaftstongreß das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Seif-Berlin vertritt die Auffassung, daß nur Personen auf den Gewerkschaftstongreß gewählt werden sollten, die die gemachten Erfahrungen auch praktisch ausnutzen könnten. Die Arbeitsgemeinschaft habe sich bewährt.

Schlumpf-Bern verabschiedet sich mit einer Mahnung zur Einigkeit von dem Verhandlungstag. Seif-Berlin dankt dem Vertreter des Internationalen Buchdruckersekretariats und wünscht für die kommenden Tarifverhandlungen besten Erfolg.

Wolkmann-Berlin empfiehlt die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß durch Urwahl. Auf diese Weise könne das gegenseitige Stärkerhältnis am besten festgestellt werden. Redner tritt für seinen Antrag ein die Unterdrückung des Reichsbundes der Arbeitsinvaliden, ein. Hof-Karlsruhe führt aus, daß die Politik zu sehr in die Verhandlungen hineinziele. Die Kollegen im Lande würden nicht erbauet sein über die unfruchtbareren Debatten. Redner tritt für den bisherigen Modus der Delegation zum Gewerkschaftstongreß ein. Die Politik gelte gegenüber der Organisation. Barthelemy-Berlin wendet sich gegen die Politik des Gewerkschaftsbundes, während F. B. R. Köln die Arbeit desselben verteidigt, und Seif-Berlin Leipzig wendet sich gegen die Opposition und weist ihr vor, daß sie keine praktische Arbeit leiste. Die Urwahl zur Vertretung auf den Gewerkschaftstongressen sei nicht nötig. Unter Widerspruch der Opposition kommt der Redner auf Leipziger Vorgänge zu sprechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Damit ist die Aussprache beendet. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Seif-Berlin führt aus, daß die Kriegspolitik der Gewerkschaften durch den Beschluß des Münchener Gewerkschaftstongresses erledigt worden sei. Damit habe sich diese Frage erledigt. (Widerspruch.) Für die Kriegspolitik die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, lasse sich in der Dessenität nicht aufrecht erhalten.

In der Abstimmung über die gestellten Anträge zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung mit den Anträgen zu den Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß, auf Ausgestaltung der Sozialversicherung usw. wird zunächst ein Antrag Berlin angenommen, der eine baldige geltendgemachte Reform der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fordert. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund wird aufgefordert, bei den unabhängigen Reichsbewehenden mit altem Nachdruck auf baldige Reform der sozialen Gesetzgebung zu drängen.

Ein Antrag verschiedener Ortsvereine, die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß durch Abstimmung vorzunehmen, wird mit 78 Stimmen gegen 87 Stimmen abgelehnt. Es wird beschloffen, die Statutenkommission mit der Ausarbeitung einer neuen Vorlage zu beauftragen. Der Antrag Wolkmann-Berlin, der die Unterdrückung des Reichsbundes der Arbeitsinvaliden fordert, wird einstimmig angenommen.

Damit ist Punkt X der Tagesordnung erledigt.

In geschlossener Sitzung wird über die Lage auf dem Tarifgebiete weiterberaten.

München, 22. Juni 1920.

Neunter Verhandlungstag.

In geschlossener Sitzung wird am Vormittag über die Lage auf dem Tarifgebiete weiterberaten. Als Ergebnis der Verhandlungen findet folgende Entschiedenheit des Verbandsvorstandes gegen die Stimmen der Opposition statt. (Der erste Absatz dieser Entschiedenheit ist ein Änderungsantrag Schäfer-Leipzig (Korrespondent).)

Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen fest. Sie erklärt in einem organisierten Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine ernste Zukunftsaufgabe als zweckmäßigste Förderung der idealen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes. Die Generalversammlung erwartet daher, daß der zunächst notwendige Umbau und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:

1. möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Bestimmungen;
2. Festlegung des Mindestmehrwerts der gesamten Lohnsummen unter Berücksichtigung der durch die Einfügung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat;
3. die Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen, sowie Aufnahme der Betriebsratsbestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;
4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;
5. Umgestaltung der Lohnzusatzbestimmungen durch Beringerung der Klasseneinteilung und Aufhebung verschiedener weiteren und höheren Zuschläge entgegenstehender Beschlüsse;
6. Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden vor Feiertagen; ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
7. Festlegung der Tarifdauer auf höchstens zwei Jahre.

Die Generalversammlung beschließt weiter, daß sämtliche bis spätestens 15. August beim Verbandsvorstand einzureichenden Gehilfenanträge durch eine Kommission der Durchsicht und Auslese zu unterziehen und dann einer Gewerkschaftskonferenz in Vorlage zu bringen sind. Diese Konferenz entscheidet endgültig über die namens der Gehilfenschaft zur Tarifberatung zu stellenden Anträge.

Die Generalversammlung macht es allen Mitgliedern und Verbandsinstituten zur Pflicht, die von der ordnungsgemäßen Vertretung der Gehilfenschaft eingegangenen Verpflichtungen und Abmachungen zu beachten und danach zu handeln. Lokale wilde

Bewegung sind unzulässig, sie schädigen die Allgemeinheit und führen zur Gefährdung der Vertragsgültigkeit.

Die Generalversammlung nimmt weiter Kenntnis von den zur Tarifberatung bereits bekanntgegebenen Anträgen der Brüggenpaale. Sie erklärt sich bereit, dem Abschluß des Tariffs von Organisation zu Organisation näher zu treten, legt dabei aber vor aus, daß Sonderorganisationen, wie z. B. die durch die Prinzipalität geschaffene sogenannte Abwehrorganisation, beseitigt werden und der Tarif und dessen ganze Bestimmungen in Wirtschaftlichkeit auch in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen begründeten und berechtigten Anforderungen entsprechen.

Weiter erklärt sich die Generalversammlung in Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse damit einverstanden, daß der Schaffung eines einheitlichen Manteltariffs für das gesamte graphische Gewerbe nähergetreten wird. Erweist sich die Verwirklichung dieses Gedankens als möglich, so sind naturgemäß die schließlichen entscheidenden Körperschaften über die gemeinsam zu ersehenden Festlegungen abweichend von den hier festgelegten Beschlüssen im Einvernehmen mit den dem graphischen Bunde angeschlossenen anderen Organisationen festzusetzen.

Mit der Annahme der Vorstandsvorschlüsse haben sich eine große Reihe Anträge erledigt. Eine Reihe anderer Anträge werden der Tarifkommission als Material überwiesen.

Die Generalversammlung ist der Auffassung, daß unter allen Umständen die Abschaffung der Sonntagsarbeit anzustreben ist.

Die gesamten Spartenanträge werden der Tarifkommission überwiesen.

Nachmittagsführung.

Folgender Antrag Rottke-Berlin wird gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt:

Die Tarifgemeinschaft ist aufzugeben. An ihre Stelle treten Lohnsätze, nach denen die Mitglieder arbeiten und die den Unternehmern abzurufen sind. Zu diesem Zwecke sind Lohnsatzkommissionen zu bilden, die die von der Organisation aufgestellten materiellen Richtlinien durchzuführen und zu überwachen haben.

Alle hieraus entstehenden Bewegungen sind mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

Damit ist die Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiete beendet.

Rüttger-Hamburg berichtet im Auftrage der Diätenkommission und schlägt vor, in Anbetracht der Teuerung pro Tag 80 Mark an Diäten zu gewähren, ausschließlich der Kosten für die Uebernachtung.

Dieser Vorschlag wird zugestimmt.

Die Haltung des Korrespondenten.

Effler-Berlin (Verbandsvorstand) berichtet über die Anträge zum Korrespondent. Der Verbandsvorstand beantragt, den Abonnementspreis für den Korrespondent heraufzusetzen, da die Herstellungskosten sich um das Vielfache erhöht haben.

Sieger-Leipzig eröffnet die Diskussion und führt aus, daß, wenn die Arbeit der Korrespondent-Redaktion mit der Elle gemessen werde, man sagen müsse, daß die Redaktion gearbeitet habe. Während des Krieges habe der Korrespondent auf derselben Höhe gestanden wie die Leipziger Neuesten Nachrichten. Redner weist an einer Reihe von Beispielen die schwankende und unklare Haltung des Korrespondent nach.

Schmidt-Berlin: Der Korrespondent sollte der geistige Niederlag der im Verbands herrschenden Meinungen sein, doch davon war im Korrespondent nichts zu sehen. Die Schreibweise des Korrespondent war in Form und Inhalt grundlos, mit Ausnahme der Artikel des Kollegen Schäfer. Der Opposition stand der Korrespondent von Anfang an völlig fremd gegenüber und hat bis heute noch nicht das Wesen der Opposition erkannt.

Fette-Bremen bemängelt die Haltung des Korrespondent und wendet sich gegen die Bevormundung der Mitglieder durch die Redaktion.

Drehler-Leipzig führt aus, daß man von einer Redaktion in einer so gärennden Zeit keine eindeutige grundsätzliche Haltung in allen Fragen verlangen könne. Soweit die Arbeiterpolitik in Frage komme, könne man dem Korrespondent nicht nachweisen, daß er gegen die Interessen der Arbeiter geschrieben habe. Allerdings sei weder nach rechts noch nach links eine grundsätzliche Politik betrieben worden.

Krahl-Leipzig (Korrespondent) bemerkt, daß die Schreibweise des Korrespondent während des Krieges sehr anders geartet worden müsse. Redner äußert mehrfach die Leipziger Volkszeitung und betont, daß der Korrespondent in seiner Schreibweise mit der Leipziger Volkszeitung in jener ersten Kriegszeit einen Vergleich aushalten könne. Redner versucht unter lebhaftem Widerspruch die vorgebrachten Angriffe zu überlegen und wendet sich gegen die Drohreden des Kollegen Böttcher und gegen die Schreibweise des Graphischen Bloß. Der Korrespondent dürfe und fördere die Tarifpolitik, die von der Generalversammlung festgelegt werde. Die Redaktion müsse den Willen der Generalversammlung respektieren. Sollten die Beschlüsse der Generalversammlung andre werden, dann müsse sich die Redaktion danach richten oder die Konsequenzen ziehen. Der Korrespondent müsse Rücksicht nehmen auf die konfessionellen und parteipolitischen Unterschiede in den Anschauungen der Mitglieder. Die Opposition sei im Korrespondent ungehindert zum Worte gekommen. In den Korrespondenzen müsse eine größere Einschränkung Platz greifen. Die Vertagung des Korrespondent von Leipzig nach Berlin begünne erheblichen Schwierigkeiten. Das Zusammenarbeiten zwischen Verbandsvorstand und Korrespondent sei ein gutes.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Hierauf erhält Böttcher-Leipzig zur Begründung folgenden Antrages das Wort:

Der Korrespondent hat sich bisher ausschließlich als Organ der Tarifgemeinschaft und nicht als Kampfblatt der Gehilfen betätigt. Die 10. Generalversammlung verurteilt die Haltung des Korrespondent und fordert von der Redaktion eine Schreibweise, die den Notwendigkeiten der revolutionären Klassenkämpfe gerecht wird.

Es ist am Sitz des Korrespondent eine fleißigbedingte Preßkommission aus berufstätigen Mitgliedern zu wählen, die als Beschwerde- und Kontrollinstanz für alle dem Korrespondent betreffenden Fragen gilt.

Redner führt aus, daß die Generalversammlung durch den schnellen Schluß der Debatte erneut bewiesen habe, daß sie einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausweichen wolle. Das Verbandsorgan sei also gehalten, auch weiterhin verschwommene Neutralitätspolitik zu treiben. Ein Gewerkschaftsblatt habe die Pflicht, die Gewerkschaftler im sozialistischen Sinne zu erziehen und zu schulen. Das geschehe aber nicht, wenn man sich von konfessionellen oder parteipolitischen Rücksichten leiten lasse. Im übrigen habe der Korrespondent unter dem Deckmantel der Neutralität immer rechtssozialistische Politik betrieben. Redner bittet um Annahme seines Antrages.

Selmsch-Weiß (Korrespondent) fordert die Wiedereröffnung der Diskussion, da die Angriffe Böttchers von der Redaktion zurückgewiesen werden müßten.

Der Wiederertritt in die Diskussion wird abgelehnt. Seif-Berlin ist der Auffassung, daß die Vertagung des Korrespondent nach Berlin augenblicklich an sachlichen Schwierigkeiten scheitern muß.

Zu der Abstimmung wird der Antrag Böttcher gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Die Anträge auf Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise werden angenommen. Sobald es die Verhältnisse erlauben, soll die Redaktion an den Sitz des Verbandsvorstandes verlegt werden. Das Obligatorium auf den Korrespondent ist durch Annahme des Antrages auf Erhöhung des Abonnementspreises abgelehnt.

Damit ist die Aussprache über den Korrespondent erledigt.

Internationale

Seit Berlin führt zum Tagesordnungspunkt „Internationaler Buchdruckerkongress und das Verhältnis des B. d. B. D. zum Internationalen Buchdruckersekretariat bezug. zu den gegenseitigen Verbänden“ aus, daß die Haltung der deutschen Delegierten auf dem internationalen Buchdruckerkongress in Luzern im allgemeinen gebilligt worden sei. Das Zusammenarbeiten mit dem Internationalen Buchdruckersekretariat sei ein sehr gutes. Im nächsten Jahre solle ein weiterer internationaler Kongress stattfinden.

Böhmischer Leipzig hält seine Resolution aufrecht, die Eingangs des Kongresses von ihm eingebracht wurde. Es komme ihm darauf an, nicht eine leere Demonstrationsresolution abzugeben, wie es die Fassung der Redaktionskommission sei, sondern es müsse klar zum Ausdruck gebracht werden, daß der Buchdruckerkongress in dem rücksichtslosen Kampfe gegen den Kapitalismus des eigenen Landes die wirksamste Unterstützung der Kämpfer in der Roten Armee sehe. (Beifall bei der Opposition.)

Bel-Verlin verteidigt die Fassung der Redaktionskommission. Die Resolution Böttcher führe zum gewaltsamen Kampfe gegen die Weltmächte. Redner sucht an der Hand des Ablehnungsschreibens des französischen Bucharbeiterverbandes den Nachweis zu erbringen, daß in diesem Schreiben eine nationalsozialistische Tendenz zum Ausdruck komme, und deshalb die Aufnahme der internationalen Beziehungen noch nicht möglich sei.

Rose-Verlin spricht über den internationalen Buchdruckerkongress in Luzern und verurteilt das Verhalten der Verbandsleitung in der Frage der gewerkschaftlichen Internationale. Es komme nicht so sehr auf die materiellen als vielmehr auf die guten ideellen Beziehungen an. Redner begründet eine Resolution, die den im Streit stehenden fernöstlichen Kollegen materielle und ideelle Unterstützung zufließt.

Rem eck-Prag, Vertreter der Typografie Beseda, muß abtreten und verabschiedet sich mit den besten Wünschen für die Arbeit der Generalversammlung.

Seit-Verlin dankt dem Vorredner und gibt ihm Grüße an die tschechische Arbeiterschaft mit auf dem Weg.

Schweinih-Berlin gibt bekannt, daß der Verbandsvorstand bereits Mittel an das Internationale Sekretariat zur Unterstützung der fernöstlichen Kollegen überwiesen habe. Redner warnt wegen der unsicheren Verhältnisse vor einer direkten Ueberweisung von Geldmitteln an Serbien.

Klein-Stuttgart führt aus, daß in der internationalen Beurteilung bei vielen Kollegen Einseitigkeiten vorherrschen. Auch auf der andern Seite wäre der Chauvinismus noch sehr groß. In Luzern sei deutscherseits versucht worden, die Bande mit größter Loyalität wieder zusammenzuknüpfen. Infolge der Valutaverhältnisse müßten die neutralen Länder einwilligen die Lasten tragen, bis die Verhältnisse bessere seien.

In der Abstimmung wird die folgende Resolution der Redaktionskommission gegen die Stimmen der Opposition angenommen:

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, an welcher auch Vertreter ausländischer Bruderverorganisationen teilnehmen, entbietet der organisierten Arbeiterklasse der ganzen Welt brüderliche Grüße.

Sie erklärt, daß nur durch einmütiges Zusammenarbeiten der internationalen organisierten Arbeiterschaft die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus erfolgen und dauernd erhalten werden kann.

Sie erklärt sich frei von jeder nationalitätlichen Vorurteilhaftigkeit und reicht den Bruderverorganisationen der ganzen Welt die Hand zur Wiederaufrichtung der internationalen Beziehungen.

Mit Entrüstung hat die Generalversammlung aus der Tagespresse von der Schandwirtschaft der ungarischen Regierung gegen die Arbeiterschaft Kenntnis genommen und spricht den ungarischen Brüdern ihre besondere Sympathie aus. Sie erkläre in dem Kampfe der ungarischen Arbeiterschaft um ihre Existenz auch ihren Kampf und ist bereit, zu ihrem Teile das ihr Mögliche dazu beizutragen, daß der internationale Boykott gegen das jegliche Ungarn in voller Schärfe zur Durchführung gebracht wird.

Meyer-Weipzig erklärt, daß die Opposition mit der Ablehnung der Resolution der Redaktionskommission nicht auch die Sympathieerklärung mit der internationalen Arbeiterschaft ablehne. Die Opposition werde die Resolution Böttcher als ihren Willensausdruck der Deffektivität übermitteln.

Resolution Böttcher: Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker entbietet den unermüdlichen Kämpfern der Roten Armee brüderliche Grüße. Sie erblickt in ihnen nicht nur die Verteidiger Sowjetrusslands, sondern die Vor kämpfer der sozialen Revolution. Die Räterepublik Rußland hat die konterrevolutionären Generale Denikin, Judenitsch, Koltshak bezwungen. Sie wird auch die eisernen Mauer des westeuropäischen Imperialismus durchbrechen. Im schärfsten wirtschaftlichen, geistigen und militärischen Kampfe gegen die nationalsozialistische Konterrevolution erblickt die Generalversammlung die wirksamste Schwächung der internationalen Gegenrevolution. In diesem Sinne gelobt sie, für die Sowjetrepublik den Kampf zu führen. Von der deutschen Regierung fordert die Generalversammlung die sofortige Aufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Rußland.

Die Generalversammlung nimmt weiter mit Entrüstung Kenntnis von den verheerenden Greueln der Horthy-Regierung gegen die ungarischen Arbeiter. Die Schlägereien der magyarischen Militärdiktatur sind das Abbild der sittlichen Verrohung der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Verrohung ist keine nationale, sondern eine internationale Erscheinung. Der Bürgerkrieg muß die niedrigsten Instinkte der bestehenden Klasse wecken, da sie um die letzten Positionen ihrer Herrschaft kämpft. Deshalb ist die Befreiung der Konterrevolution in Ungarn auch eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat. Die Generalversammlung verpflichtet die Verbandsmitglieder, den Boykott Horthy-Ungarns als einen Akt internationaler Solidarität rücksichtslos durchzuführen und keinerlei Ergebnisse für die ungarische Gegenrevolution heraufzustoßen.

Die Erklärung Meyers löst bei der Rechten große Wut aus. In einer Geschäftsordnungsbesprechung wendet sich Döhling-Willich sehr erregt unter starkem Widerspruch der Opposition gegen die Meyersche Erklärung.

Woschmann-Berlin verteidigt energisch die Resolution Böttcher und wendet sich gegen die Ausführungen Döhlings. Als der Redner auf die Notwendigkeit der Unterstützung Sowjetrusslands zu sprechen kommt, entsteht großer Lärm.

Bel-Verlin führt unter dauernder Unruhe aus, daß die Erklärung Meyers eine Provokation der Generalversammlung bedeute.

Söldner-München bemerkt, daß die Resolution Böttcher nicht auf einen Gewerkschaftskongress gehöre.

Seit-Verlin betont, daß seine Gruppe das Recht habe, im Namen der Generalversammlung eine Erklärung abzugeben.

Der Vertreter des Österreichischen Buchdruckerverbandes, Doerocel-Wien, verabschiedet sich von dem Kongress und wünscht, daß sich trotz aller Gegensätze die Kollegen einigen möchten. Redner erhofft in Wäldle einen Großdeutschen Buchdruckerverband und wünscht der Generalversammlung einen guten Abschluß.

Seit-Verlin dankt dem Redner und bittet ihn, den österreichischen Kollegen die Grüße der Generalversammlung zu überbringen.

Um 7 Uhr erfolgt Schluß der Verhandlungen. Ein Antrag, eine Nachsitzung abzuhalten, wird abgelehnt.

1. Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

3. Verhandlungstag.
Der 2. Verhandlungstag brachte zunächst Wahlen der ehrenamtlichen und besetzten Vorstandsmittglieder. Als erster wurden gewählt: Werner, Pinski, Reichel, Wäntler, Helme, Schliebener, Reibler, Bischoff, Maßlow, Klein, Rogatz, Würdemann, Schäfers, Appellin und Reichelt, als letztere Aufhäuser, Giedde, Händeler, Kaufmann, Lena, Wulf, Mühlentamp, Sandrod, Sölich, Schwedi, Schwelke, Werner und Schindler (sämtlich Berlin), ferner Bois (Stuttg.) und Geiser (Dresden), Gramm (Essen). Außerdem 15 Bundesausführglieder und 15 Ersatzleute.
Bei der Satzungsberatung wurde ein durchschnittlicher Monatsbeitrag von 1 1/2 Prozent des Monatsgehältes festgesetzt. In vier Beitragsklassen von bis 600, 600-900, 900-1200, 1200-1500 Mk. und darüber beträgt der Monatsbeitrag 8., 10.,

15. und 20.-Mk. Mit der Erhöhung ist auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze verknüpft. So wird Gemahregeldunterstützung beispielsweise in den ersten 3 Monaten in Höhe von 100 Prozent, danach 80 Prozent des Gehalts gewährt. Der Haushaltsplan in Höhe von 13 000 000 Mk. wurde genehmigt.

Nach Erledigung weniger wichtiger Fragen und Ablehnung zweier Referate („Tarifpolitik der technischen Angestellten“ und „Fortführung der Rätegesetzgebung“) war die Tagesordnung erschöpft.

Ella s schloß die Tagung mit einem kräftigen Hoch auf den Bund.

Das Recht der Arbeiterräte.

Für unsere politischen und Rechtszustände war eine Verhandlung charakteristisch, die am Sonnabend vor dem Staatsgericht des Landgerichts II in Berlin stattfand. Die Genossen Burghard und Schneider, beide Mitglieder des Arbeiterrates in Oberspandau, waren wegen Umgehens eines öffentlichen Amtes angeklagt, weil sie am 8. April 1919 eine Betriebsratsbeschlagnahme vorgenommen hätten. Vergeblich hatten sie vor dem Schöffengericht Einspruch geltend gemacht, daß sie als Arbeiterräte zur Vornahme der Beschlagnahme berechtigt waren. Das Gericht erklärte, daß ein geschriebenem Recht dazu den Arbeiterräten nicht übertragen sei und es erlaubte sich sogar, die dahingehenden Ausführungen der Angeklagten für nicht ernstgemeint zu erklären. Die Angeklagten wurden in erster Instanz zu einer Geldstrafe von je 150 Mk. verurteilt.

Gegen dieses Urteil hatten beide Angeklagte Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung vor dem Landgericht zeigte sich so recht, wie wenig Verständnis bei Gericht für die Arbeiterräte vorhanden ist. Als der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Kurt Rosenfeld, mit Nachdruck erklärte, daß die Arbeiterräte im April 1919 zweifellos das Recht zu Beschlagnahmen hätten, erwiderte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Scheringer: „Das ist doch eine Umkehrung, die die Herren Arbeiter sich haben zuschulden kommen lassen.“ Verteidiger: Man hat nur heute vergessen, daß die Arbeiterräte nach der Revolution mitgehende Befugnisse ausgeübt haben. Vorsitzender: (mit harter Betonung): Herr Rechtsanwalt, wir haben nichts vergessen. Wir haben lange genug in Deutschland ohne Arbeiterräte ganz gut bestanden. Verteidiger: Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Vorsitzender: Wer hat uns denn dem Untergang entgegentgeführt? Verteidiger: Nicht die Arbeiterräte, sondern die alte Regierung, Wilhelm II., die das deutsche Volk in den Krieg gestürzt haben. Nun verurteilte der Vorsitzende.

Auf Antrag des Verteidigers wurde der Senat des Kreisles Niederrhein Schlemminger vernommen, der bezeugte, daß die Arbeiterräte des Kreisles Niederrhein fast täglich Beschlagnahmen vorgenommen und sich dann mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt hätten. Diese habe niemals in dem Vorgehen der Arbeiter eine Amtsunmähigung erblickt. Die Arbeiterräte haben sich gerade durch die Befreiung des Schleichhandels große Verdienste erworben. Genosse Dr. Rosenfeld beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Die Arbeiterräte hätten nach dem allerdings ungeschriebenen Rechte der Revolution die Befugnis gehabt, Lebensmittelbeschlagnahmen vorzunehmen. Sie hätten dadurch dem Volke einen großen Dienst erwiesen, und es sei unerwünscht, daß das Schöffengericht die Angeklagten verurteilt habe. Nebenfalls hätten die Angeklagten sich im vollen Glauben befinden, da sie auf Grund der von keiner Behörde beauftragten Tätigkeit der Arbeiterräte annehmen mußten, zur Vornahme der Beschlagnahme berechtigt zu sein.

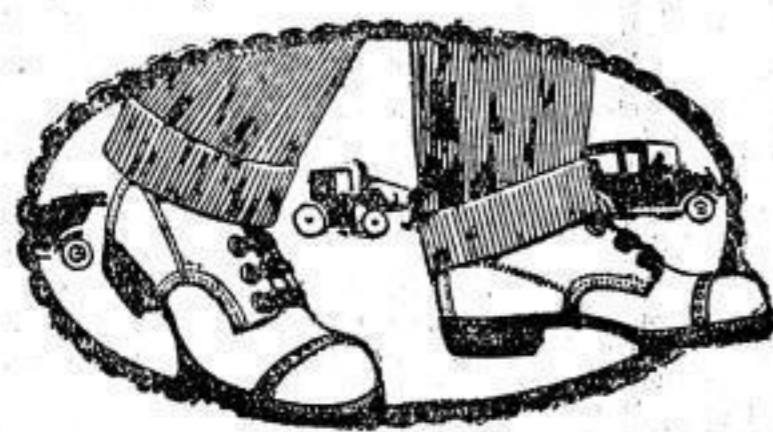
Das Landgericht ließ dahingestellt, ob den Angeklagten ein Recht der Beschlagnahme zustand, jedenfalls hätten sie geklärt, ein solches Recht zu haben. Deshalb verurteilte das Gericht: Die Angeklagten werden freigesprochen und die Gerichtskosten der Staatskasse auferlegt.

Wenn die Behörden doch nur in der Verfolgung der Kapitalisten den gleichen Eifer an den Tag legen wollten wie bei der Bekämpfung der Arbeiterräte!

Quittung.

Rückstände zur Entlohnung der Pressefreiheit (6. Quittung). Beim Bezirksparietalsekretariat können an weiteren Beiträgen ein: Platte 4501, 4503, 4505, 4508, 4514 48 50; Liste 3780 5 50; Liste 4150 bis 4181, 4184, 4185, 4190, 4192 bis 4200, 3001, 3002, 3004, 3005, 3006, 3007, 3010, 3013, 3014, 3019, 3021 durch Werner 984 1/2 Mk. S. 10 1/2.

Durch Uebernahme großer Fabriklager



aus renommierten deutschen Schuhfabriken bringen wir ohne Rücksicht auf die früheren Werte gute Stapelware, sowie neueste Saisonartikel, in erstklassigen Qualitäten

zu erstaunlich billigen Preisen.

Der Detailverkauf findet in unseren sämtlichen hiesigen Verkaufsstellen
Petersstr. 48 • Hainstr. 5 • Grimmaische Str. 16
 statt.
 Für Engroskäufer: Lager Hainstr. 5, III. Stad.
 Unsere Spezialmarken besitzen wieder alle Vorzüge der alten Friedensware.

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe schwarz Chevette, durchgenäht, schöne Formen	98⁵⁰	Damen-Schnür- u. Spangenschuhe schokoladenbraun, mahagoni, Rad mit feinen Einlagen, neueste Modelle, beste Qualitäten	188[—]
Damen-Schnürstiefel schwarz geartetes Kindleder, schwarz Chevette, Durchschnitt, durchgenäht . . .	118[—]	Herrnstiefel u. Halbchuhe elegante Ausführung, Rahmenarbeit . . .	195[—]
Herrren-Schnürstiefel Durchschnitt, schwarz geartetes Kindleder, durchgenäht	125[—]	Herrren-Halbchuhe feinste Farben, moderne Formen, Rahmenarbeit	235[—]
Damen-Schnürstiefel Chevette, Lacktappe, Rahmenarbeit	138⁵⁰	Herrren-Schnürstiefel braun Cheveau und Vogtalf, Rahmenarbeit, neueste Ausführungen	295[—]

Kinderstiefel					Sandalen				
breite Form, guter Lederboden, geartetes Kindleder					Spaltleder, kräftiger Lederboden, gutes Gestrüpf				
20/22	23/24	25/26	27/30	31/35	schwarz	23/26	27/30	31/35	38/42
29.50	37.50	45.—	79.50	89.50	schwarz	33.50	37.50	47.50	58.50
					braun	23/26	27/30	31/35	
							50.—	61.—	72.—

Nordheimer

 Nordheimer

Kleiner Anzeiger

Trockenes Feuerholz

2 Waggons, verkauft Sonnabend, den 26. Juni
Hammerwerk Hennig, Böhlitz-Ehrenberg.

Rückeneinrichtung 350, Bett-
stelle m. M. 85, Sofa m. Scht.
95, Sofa 275, * sofort zu vt.
Heubitz, Ranellenstr. 20, vt.
Wilmshofa, fast neu, verkauft
Eisenbahnstr. 11, Sof rechts.

Bettstelle m. M., eins. b. s. vt.
Rudel, Delitzschstr. 7b, l. Sof
Frans. u. eins. Bettst. m. faub.
Watr., 180, * Turnerstr. 12, v. l.
Bettst. m. faub. g. Matr., 150, *.
Konstantinstraße 18, Dth. l. r.

Rückeneinrichtung 350, Bett-
stelle m. M. 85, Sofa m. Scht.
95, Sofa 275, * sofort zu vt.
Heubitz, Ranellenstr. 20, vt.
Wilmshofa, fast neu, verkauft
Eisenbahnstr. 11, Sof rechts.

Billigere Lebensmittel

Reiner Kakao Pfund **1950**

Rangoon-Bohnen Pfund **135**

Grüne Erbsen Pfund **190**

Viktorla-Erbsen . . . Pfund **225**

Bruch-Reis Pfund **450**

Rangoon-Vollreis Pfund **575**

Patna-Reis Pfund **6—**

Kaffee-Ersatz Pfund **180**

Haferflocken Pfund **235**



Uro
Gebüder

2 gleiche Bettstellen m. Matr.,
bill. Lind., Obermannstr. 4, p.
Bettstelle m. Matras, Tisch
u. Chaiselongue vert. Lind.,
Dreitendstr. 13, Vertikal.
Elf. Bettstelle m. Matr., bill.
s. vt. W. Albertinerstr. 94, l. r.
Kinderbett, m. Matr., groß,
zu vert. Co. Derberstr. 18, III. r.
Weißes Kinderspielbett mit
Lagerlof, Matr. 130, * gut, erth.
Klappwagen 60, Vert. 95, *
zu vt. Schenkerstr. 29, vt. r.
Kinderpottbettstelle m. M.,
Lind., Obermannstr. 4, vt.
Kinderbettstelle m. Matr., zu
vt. Lind., Ranellenstr. 36, l. r.
Violone gebauert, Konzert-
alter, Aufforbatter verkauft
Kappe, Münzbergstr. 39, p. r.
Schültergeige, bill. u. Silberne
Rdn., Frommannstr. 12, Vab.

Achtung!
Grammophon m. 12 Platten,
Marine-Drill, Wade prom. s.
vt. Wiebermannstr. 28, D. l. l.
Bandoneon, 1000, * s. Dur.
zu vert. Conn., Ctenelstr. 6, l. l.
Handoline zu vert. Klein-
schneider, Rinalstr. 40, II. l.
Hm. Kappe, Mühlb. St. 11, p.

Rückeneinrichtung 350, Bett-
stelle m. M. 85, Sofa m. Scht.
95, Sofa 275, * sofort zu vt.
Heubitz, Ranellenstr. 20, vt.
Wilmshofa, fast neu, verkauft
Eisenbahnstr. 11, Sof rechts.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Radmalchine, W. Bill. l. b. s.
vt. Wilmshofa, b. r. r. 2. Tür.
Radmalchine, wie neu, bill.
s. vt. W. S. D. 1. d. II. W.
S. Rad, guterh. s. Gu., 400, *.
zu vt. Wintergartenstr. 7, D. l. l.
S. Rad, Freil. u. la Gummi,
für 5,50, * zu vert. Gotbaer
Straße 6, III. Engelmann.
S. u. D. Rad, Freil. u. Gu.,
zu vt. Taubhagenweg 58, l. l. *
S. Rad m. Freil. u. f. u. Gummi,
700, * D. R. S. D. St. 14, III. W.
Herr. Rad, fast neu, erstll. la
Gummi, 1 desgleich. ohne Gu.
vt. bill. Peubisch, Grenzstr. 9, l. r.

Die Verkäufe
Grüw.-Lebensmittelgeschäft
zu vert. 1. u. 2. et. bei Mischel,
Taubauer Str. 24, Restaurant
Kafao prima, N 19.50
deutsche Spotolade, erstklass.
Marken, Tafel 9,30, 7,-, 7,10
gibt einzeln ab, Ränge, Seife,
Paulinestr. 28, II. r., feil. Vab.
Rechtsten Roghaarbeilen
velma Roghaarbeilen
für garten u. einzeln billig
abgegeben. Sollitzerstr. 17, l.

Schuhwaren
zu herabgesetzten Preisen
Herren-Stiefel 140-195, *
D.-Stiefel, hobe 105-175, *
D.-Halbschuhe 135-165, *
D.-Schürspanenschuhe 185, *
D.-Spangenschuhe 85-140, *
Büschenschuhe 120-140, *
Mädchenstiefel 100-120, *
Kinderschuhe 80, 48, 95, *
HENNRICH KLICHE
Lindenau, Reuterstr. 31, II. W.
Straßenbahn wird veräußert.
Bill. Stiefel, 28, neu, 100, *
verkauft Blumenstr. 7, IV. l.
Umgearb. Militär-Schmiedschuhe
elegant, achb., à Paar 220, *
und Lederlamellen vert.
L. R., Frommannstr. 12, Vab. *

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

Badeanzug, Kinderanzüge
verf. R., Frommannstr. 12, Vab.
Dauerwäsche, Krawatten
Gummimantel, Dauerrege-
hüte billig abgab. Leigata,
Rurprinsstraße 3, I., (Rein
Laden), Fernnr. 18124.

Wir verkaufen
umgepresste
Herrenhüte
per Stück 25-30 Mf.
Leipziger Hutpresserei
Grimmscher Striegew 6, Hof rechts.

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

Badeanzug, Kinderanzüge
verf. R., Frommannstr. 12, Vab.
Dauerwäsche, Krawatten
Gummimantel, Dauerrege-
hüte billig abgab. Leigata,
Rurprinsstraße 3, I., (Rein
Laden), Fernnr. 18124.

Wir verkaufen
umgepresste
Herrenhüte
per Stück 25-30 Mf.
Leipziger Hutpresserei
Grimmscher Striegew 6, Hof rechts.

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

Militärhose, Schwarzgelb,
neu, Sommerjackett u. Weite,
getra. Drillschmang, getra.
160 groß. Mittelstraße 9, l. l.

Covercoat bill. II. u.
mittl. Fig.
verf. R. Frommannstr. 12, Vab.
Schneiderkollektiv, Schwarz, 44,
110 Mt. Mittelstraße 9, l. l.

Damen hemden . . . 35
Schürsen . . . 20
Stämpfe . . . 12
Herren-Hemden . . . 25
Handtücher . . . 6
hemdentuch . . . 15
Bettwäsche, w. u. bunt, m. 20
Polchinen, 200 m
Kohlgratenträge 20, I. Unts.
Sonnabend kein Verkauf.
Bette Pelmenbeiden, f. Dam.
Rd., Frommannstr. 12, Vab. *

Wir verkaufen
umgepresste
Herrenhüte
per Stück 25-30 Mf.
Leipziger Hutpresserei
Grimmscher Striegew 6, Hof rechts.

Badeanzug, Kinderanzüge
verf. R., Frommannstr. 12, Vab.
Dauerwäsche, Krawatten
Gummimantel, Dauerrege-
hüte billig abgab. Leigata,
Rurprinsstraße 3, I., (Rein
Laden), Fernnr. 18124.

Wir verkaufen
umgepresste
Herrenhüte
per Stück 25-30 Mf.
Leipziger Hutpresserei
Grimmscher Striegew 6, Hof rechts.

Badeanzug, Kinderanzüge
verf. R., Frommannstr. 12, Vab.
Dauerwäsche, Krawatten
Gummimantel, Dauerrege-
hüte billig abgab. Leigata,
Rurprinsstraße 3, I., (Rein
Laden), Fernnr. 18124.

Wir verkaufen
umgepresste
Herrenhüte
per Stück 25-30 Mf.
Leipziger Hutpresserei
Grimmscher Striegew 6, Hof rechts.

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

spanische
Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, l. *

